Mit amtlichen Schlußkursen

Einzelpreis 200 Mark

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Prov[illegible]achsen für Anhalt und Thürin[illegible]en.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Abend-Ausgabe

Jahrg. 216 Nr. 271

Bezugspreis: monatlich M 6000.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. —

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile 250.— M. Kleine Anzeigen 150.— M. Familienanzeigen 100.— M. Die 3 gespaltene 90 mm breite mm-Reklamezeile 800.— M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Mittwoch, 13. Juni 1923

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Französisch-englische Mißverständnisse

Das Geheimnis der englischen Kabinettssitzung

Poincarés Beklemmungen

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 13. Juni.

Zu der Havasmeldung vom Montag abend, wonach das englische Kabinett es ablehnt, der französischen Auffassung nach Einstellung des deutschen passiven Widerstandes beizutreten, liegt bis jetzt noch keine Bestätigung vor. Diese Meldung hatte eine lebhafte Erregung in den offiziellen politischen Kreisen hervorgerufen. Am Quai d'Orsay wartete man gestern wahrscheinlich den ganzen Tag darauf, daß die Londoner Regierung eine offizielle Antwort mitteilen würde. Diese Antwort traf aber bis zum Nachmittag nicht ein und die französische Regierung wies infolgedessen ihren Botschafter in London an, sich im Foreign Office danach zu erkundigen. Endlich um 4 Uhr nachmittags telephonierte er dem französischen Ministerpräsidenten folgende offizielle Erwiderung:

„Das „Foreign Office" erklärt, daß die am 12. Juni von der französisch-englischen Presse veröffentlichte Mitteilung betreffend die englische Kabinettssitzung über die Reparationen der Wahrheit nicht entspreche. Das englische Kabinett hat keinerlei Entschließung gefaßt."

Im Anschluß an diese Mitteilung erklärte der „Matin", daß Poincaré mit Befriedigung von der Mitteilung Kenntnis genommen habe. Dem französischen Ministerpräsidenten sei der Gedanke peinlich gewesen, daß er nach Ergreifung der Initiative von dem Wunsche der Verbündeten (?) beseelt, auf seine ausführliche Mitteilung an die englische Regierung über die Lage im Ruhrgebiet und insbesondere über das Reparationsproblem überhaupt sich eine brutale Absage auf dem Wege der Presse zugezogen habe. Die Ernüchterung sei sehr groß, denn der Wunsch der französischen Regierung, mit England zu einer Verständigung zu gelangen, wäre aufrichtig und die Anfrage des französischen Botschafters in London wäre ein Beweis dafür.

Pessimistische Auffassung in Berlin

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 13. Juni.

Der neue Markkurs an der Berliner Börse zeigt ohne weiteres, daß man in Berlin erneut die Lage pessimistisch beurteilt. Das Dementi der Havasmeldung über das Ergebnis des englischen Kabinettsrates muß dahin gedeutet werden, daß die Kompromißstimmung in London weit größer ist, als man am Montag anzunehmen Veranlassung gehabt hat. Unbestätigte Gerüchte über ein auflebendes Interesse Amerikas an der Reparationsregelung vermögen die pessimistische Auffassung nicht zu ändern, da man solchen Gerüchten nach den gemachten Erfahrungen doch mit größtem Mißtrauen gegenübersteht. Die deutsche Regierung kann im Augenblick der äußeren Entwicklung gegenüber nur eine abwartende Haltung einnehmen, zumal sie infolge der neuen Markentwertung den inneren Fragen eine erhöhte Aufmerksamkeit entgegenbringen muß.

Der Reichskanzler ist nach Berlin zurückgekehrt und vermag als das Ergebnis seiner Reise zu buchen, daß man sowohl im besetzten Gebiet als auch in den süddeutschen Ländern geschlossen hinter seiner Politik der Fortführung des passiven Widerstandes steht.

Doch ein Ruhr-Waffenstillstand?

London, 13. Juni.

Blättermeldungen zufolge wird die Hoffnung auf eine Vereinbarung zwischen England und Frankreich, die die Absendung einer gemeinsamen Antwort an Deutschland ermöglichen würde, nicht aufgegeben. „Evening Standard" zufolge sollen die britischen Bemühungen auf einen Ruhr-Waffenstillstand hinzielen. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian" erklärt, daß die englische Regierung in den Verhandlungen bezüglich des deutschen Memorandums einem Bruch mit Frankreich nahe sei. Die britische Regierung erkenne an, daß die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet außerhalb der Macht der deutschen Regierung liege.

Französische Stimmungsmache

München, 13. Juni.

Ein Pariser Blatt ließ sich vorgestern aus Mainz berichten, am 7. Juni habe in Landau eine Versammlung von Politikern und Bürgermeistern der bayerischen Pfalz stattgefunden, die einstimmig und ohne Parteiunterschied beschlossen hätte, vom Reichskanzler zu verlangen, er möge den passiven Widerstand aufgeben. Nach zuverlässiger Feststellung handelt es sich bei dieser Meldung des Pariser Blattes um eine verlogene, tendenziöse Stimmungsmache.

Einhelliger Wille zum Durchhalten in der Pfalz

Heidelberg, 12. Juni.

In Heidelberg fand gestern eine eingehende Aussprache von Vertretern der Behörden sowie der Wirtschaftskreise der Pfalz statt. Diese ergab übereinstimmende Beweise des einhelligen Willens der Bevölkerung, an den staatsrechtlichen Verhältnissen und der uneingeschränkten Zugehörigkeit der Pfalz zum Reich und zu Bayern unter keinen Umständen rütteln zu lassen. Von allen Kreisen, insbesondere der Arbeitnehmerschaft, wurde betont, daß diese den uns aufgezwungenen Kampf bis zu einem guten Ende weiterführen werden. Ebensowenig, wie es der Anweisung der Regierung bedurft hätte, den Kampf aufzunehmen, werde es der Reichsregierung niemals gelingen, den Abbruch des Kampfes gegen den Willen der Bevölkerung zu erreichen.

Französische Mißstimmung über das Ergebnis

Paris, 12. Juni.

Zur Entscheidung des englischen Kabinetts schreibt „Petit Journal", man müsse wohl annehmen, daß diese beklagenswerte Ergebnis des letzten Meinungsaustausches zwischen Brüssel und London nicht völlig unerwartet komme. Vor der Brüsseler Konferenz habe der Außenpolitiker des „Petit Journals" den sehr klaren Eindruck in London gewonnen, daß man sich in Frankreich einem vollkommen übertriebenen Optimismus hingebe. Er habe erklärt, daß sich die neue britische Regierung an einen eher verschlimmerten als verbesserten Reparationsplan der Sachverständigen des Schatzamtes halte. Er habe ferner erklärt, daß man in London die Ruhroperation als vollendete Tatsache hinnehme, daß man aber nur sehr schwer die Bedingung erfülle, die die Verleugnung der von Bonar Law durchgeführten Politik, die die Mehrheit der öffentlichen Meinung in England gebilligt habe, in sich schlösse. Jetzt handele es sich darum, klar zu stellen, ob die Entscheidung, die in Brüssel getroffen worden ist, nur die Deutschen betreffe, oder ob Poincaré und Theunis darin auch eine strenge Bedingung für jede Unterhaltung unter den Alliierten über die Reparationsfrage verstanden hätten. Wenn die erste dieser Auslegungen richtig sei, so würde es vielleicht noch möglich sein, den Meinungsaustausch mit England fortzusetzen und ein Mittel zu finden, die Erörterung über die britischen Pläne wieder aufzunehmen, den eine Beurteilung nach reichlicher Ueberlegung nicht für so schlecht gehalten hätten, wie es den Anschein habe.

Wenn im Gegenteil die Opposition diese beiden Standpunkte als unüberwindlich ansehe, dann will das Blatt darüber nicht leichten Sinnes an die Möglichkeit einer Isolierung denken. Es sei wohl möglich, daß das britische Kabinett eine sehr schwere Verantwortung auf sich geladen habe und daß es anscheinend der Berliner Politik seine Zustimmung gebe. Aber „Petit Journal" glaubt, daß ein französisch-britischer Konflikt Deutschland keinen Nutzen bringen könne. Sei es wirklich der französischen Diplomatie unmöglich, zu einer Annäherung zu gelangen, ohne die Lebensinteressen Frankreichs aufs Spiel zu setzen?

„Petit Parisien" schreibt: Während Frankreich und Belgien zuerst hätten den Widerstand beseitigen und dann verhandeln wollen, schlage England zuerst vor, zu verhandeln und sich dann mit dem deutschen Widerstand zu beschäftigen. Das seien augenblicklich die Meinungsverschiedenheiten. Es würde zu nichts führen, sich zu verbergen, daß ein Uebereinkommen auf ernste Schwierigkeiten stoße.

„Echo de Paris" schreibt, wir befürchten sehr, daß in ihrer letzten Tagung die englischen Minister den wesentlichen Zweck der französischen Politik nicht recht begriffen haben. Was uns im Augenblick einer Debatte als das Wichtigste erscheint, das sind nicht mehr oder weniger bestimmte Ziffern, sondern das ist das System der Bürgschaft.

Die Unmöglichkeit des Aufgebens des passiven Widerstandes

Amsterdam, 12. Juni.

In einem Aufsatz im „Allgemeen Handelsblad" wird dargelegt, wie gefährlich die Lage im Ruhrgebiet werden dürfte, wenn die deutsche Regierung dem französischen Verlangen entsprechend, im Ruhrgebiet „Das Ganze halt" blasen müßte. Selbst wenn Berlin einen solchen Befehl gebe, sei es die Frage, ob die Beamten und Arbeiter gezwungen werden könnten, ihn zu befolgen. Im Gegenteil! Wahrscheinlich würde die Ruhrbevölkerung das Gefühl haben, von der Regierung verraten und verkauft zu sein. Dies gelte besonders von den Arbeitern, für die der Kampf an der Ruhr ein Kampf um die Zukunft des Sozialismus geworden sei. Unter diesen Umständen würde ein Verzicht auf den passiven Widerstand durch Berlin höchstwahrscheinlich das Signal zur Anarchie nicht nur an der Ruhr, sondern in ganz Deutschland sein. Die Kommunisten würden die schöne Losung haben: Der deutsche Kapitalismus liefert uns an den französischen Kapitalismus verraten, und auch von den Extremisten der Rechten würden Unbesonnenheiten zu erwarten sein, wie sie das erschöpfte deutsche Volk nicht mehr ertragen könnte. Die plötzliche Einstellung des passiven Widerstandes durch die Regierung würde ein gefährliches Experiment mit unabsehbaren Folgen sein.

Englands deutliche Sprache

London, 13. Juni.

Die „Pall Mall Gazette" gibt folgende Aeußerung einer hohen diplomatischen Persönlichkeit wieder: „England ist immer außerordentlich tolerant gegenüber den französischen Ansichten gewesen, aber jetzt ist ein Punkt erreicht, an dem die englische Meinung sich selbst behaupten muß. Poincaré kennt jetzt den englischen Plan. Wenn man mit Hilfe von Kompromissen und Konzessionen zu einem Erfolge kommen kann, so kann noch alles gut werden. Wenn aber ein gemeinsames Handeln nicht möglich ist, dann bleibt nur das eine übrig: allein zu handeln." Eine sehr deutliche Sprache spricht auch der Leitartikel der „Pall Mall

Schreckensherrschaft um eine Dirne

Sich gegenseitig erschossen

Dortmund, 12. Juni.

Nunmehr lüftet sich der Schleier, der erst über der Erschießung der beiden französischen Unteroffiziere lag. Es steht fest, daß dieselben nicht von deutschen Personen und auch nicht von französischen Soldaten erschossen worden sind; sie sind vielmehr auf dem Wege aus einem Kaffeehause wegen eines als Rote Erna bekannten Frauenzimmers in Streit geraten und haben sich gegenseitig erschossen. Die Rote Erna und zwei andere Frauenzimmer befinden sich in französischer Haft. Ihre Aussagen verheimlichen alles Beweismaterial. Angesichts dieser Sachlage protestierten die städtischen Körperschaften Dortmunds mit Recht gegen die äußerst harten Sanktionen, insbesondere gegen die Verhaftung zweier Stadträte, ebenso gegen das unmenschliche Vorgehen der Franzosen gegen ahnungslose Straßenpassanten und gegen die Verhängung des Belagerungszustandes.

Nach einer Meldung des „B. T." sind nach den bisherigen Feststellungen in Dortmund sieben Zivilpersonen durch französische Kugeln getötet worden. Bei allen Erschossenen handelt es sich um harmlose Bürger der Stadt Dortmund, die sich in Unkenntnis der von den Franzosen erlassenen Verkehrssperre in der Nacht zum Montag auf dem Heimwege befanden.

Weitere Franzosenopfer in Dortmund

Dortmund, 13. Juni.

Nach Verhängung der Straßensperre besetzten die Franzosen vor allem die Zugänge zur Stadt. Zahlreiche Ausflügler, die aus der Umgebung Dortmunds heimkehrten, wurden ohne Ausweis angetroffen und festgehalten, wobei sich französische Offiziere und Soldaten zahlreiche Mißhandlungen schwerer Art gegen Männer und Frauen zuschulden kommen ließen. An den verkehrsreichsten Punkten der Stadt trieben die Soldaten die Einwohner vor sich her. Auch dabei kam es verschiedentlich zu Mißhandlungen. U. a. wurde ein deutscher Arzt, der sich in Ausübung seines Berufes in ein Krankenhaus begeben wollte, niedergeschossen. Gestern wurden ein zweiter Arzt sowie ein Polizeibeamter von den französischen Truppen erschossen.

Belagerungszustand in Recklinghausen

Recklinghausen, 13. Juni.

Dem Vernehmen nach ist der Belagerungszustand über Recklinghausen verhängt worden, weil in der Nacht zum 11. Juni zwischen dem Bahnhof und dem Bahnhofshotel ein französischer Posten erschossen worden sein soll.

Der Kaufmann Möllers, der ohne Kenntnis von der Verkehrssperre durch die Straße ging, wurde ohne Anruf erschossen. Er lag drei Stunden schwer verletzt an einer Straßenecke, ohne daß ihm ärztliche oder geistliche Hilfe zuteil wurde, nach denen er verlangte. So verstarb er auf der Straße.

Dollar amtl. 98 503,00 G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306132-10/fragment/page=0001

„Gazette". Poincaré habe England niemals die Beachtung geschenkt, die es als alliiertes Land verdiene. Er habe die englischen Ansichten und die englischen Ratschläge sogar mit unverhohlener Verachtung behandelt. Jetzt, da der Bankerott der Ruhrpolitik offensichtlich sei, gäbe es keinen Grund, weshalb England seine Ansicht als Nation nicht aussprechen solle. Es sei die Pflicht der englischen Staatsmänner, zu zeigen, wo die wirklichen Interessen der Alliierten lägen. In dem gleichen Blatt findet sich noch folgende Aeußerung, die aber unter allem Vorbehalt wiedergegeben sei: „Wenn die Lage innerhalb der nächsten 48 Stunden keine dramatische Aenderung erfährt, so wird die englische Regierung dazu getrieben werden, **Schritte zu erwägen, die ganz gewiß in Paris Verdruß erregen werden.**" Der „Star" beschäftigt sich mit der Persönlichkeit Poincarés, dessen Unbeliebtheit hier in England von Tag zu Tag zunehme. Baldwin sei der dritte englische Premierminister, der gefunden habe, daß Poincaré das hauptsächlichste Hindernis sei, einen gemeinsamen Versuch zur Wiederherstellung einer normalen Lage in Europa zu unternehmen.

Englischer Optimismus in der Einigungsfrage

London, 13. Juni.

Dem politischen Berichterstatter der „Times" zufolge ist es wahrscheinlich, daß eine **weitere Sitzung des britischen Kabinetts zur Erwägung des deutschen Reparationsmemorandums** heute stattfindet. Die britische Regierung sei aufrichtig bestrebt, nichts **ungeschehen** zu lassen, wodurch die Alliierten instand gesetzt werden könnten, eine **gemeinsame Antwort auf das letzte deutsche Angebot** zu geben. Die **Schwierigkeiten** auf dem Wege zur Verwirklichung einer solchen Absicht würden wohl zugegeben, in Regierungskreisen glaubt man aber, daß die **Hindernisse nicht unüberwindlich** seien.

London, 13. Juni.

Lord **Curzon** empfing gestern den französischen und den belgischen Botschafter.

Auch Belgien verlangt Kapitulation

Brüssel, 13. Juni.

In der Kammer erklärte der Außenminister u. a.: Wir sind in das Ruhrgebiet einmarschiert, um Reparationen zu erhalten und wir werden aus ihm erst dann herausgehen, wenn wir sie bekommen haben. Wir haben bereits ein erstes Ergebnis erzielt, nämlich das Deutschland versucht, einen Meinungsaustausch anzustimmen. Wir wollen mit den Alliierten sprechen, mit Deutschland aber nicht vor der Einstellung des passiven Widerstandes.

Die Haltung Italiens

London, 13. Juni.

Der römische Berichterstatter der „Times" schreibt, es sei ihm von einem Mitglied des Auswärtigen Amtes mitgeteilt worden, daß die **Haltung Italiens** gegenüber der Erörterung der deutschen Note sich **der bereits von Großbritannien angenommenen anschließen** werde. Dem Berichterstatter zufolge hat die **italienische Regierung noch nicht zugestimmt**, ob sie Frankreich beim **Verlangen nach sofortiger Einstellung des passiven Widerstandes als Vorbedingung** weiterer Erörterungen zu **unterstützen** habe.

Rom, 12. Juni.

In hiesigen amtlichen Kreisen verlautet, daß die italienische Note auf das deutsche Memorandum am Donnerstag übergeben werden könnte. Was ihren voraussichtlichen Inhalt anlangt, so darf man annehmen, daß in ihr die Gesichtspunkte vertreten sein werden, die Mussolini bereits in seiner großen Rede im Senat auseinandersetzte, daß nämlich die deutsche Note weit hinter dem zurückbleibt, was erwartet werden dürfe. Die italienische Antwortnote wird jedoch wahrscheinlich gleichzeitig anerkennen, daß die mangelnde Schärfe der neuen deutschen Note einen bedeutenden Fortschritt einer Lösung entgegen bedeutet.

An maßgebender Stelle wurde heute gesagt, daß der definitive Text der italienischen Note noch Gegenstand von Unterhandlungen sei, obwohl die großen Richtlinien bereits festgelegt seien. **Italien wolle also für sich allein antworten**, weil man hier nicht die Möglichkeit einer gemeinsamen Antwort sehe und auch an der Opportunität einer solchen gemeinsamen Antwort zweifelt. Im übrigen scheinen hier keine offiziellen Schritte unternommen worden zu sein, um eine solche gemeinsame Antwort herbeizuführen. **Die Uebergabe der italienischen Note soll also unabhängig von der Uebergabe der Note der übrigen Alliierten erfolgen.**

Massenausweisungen in Trier

Trier, 13. Juni.

Die französischen Gewalthaber wiesen gestern aus der Stadt rund 50 Eisenbahnbeamtenfamilien, insgesamt etwa 200 Personen, aus. Gegen 9 Uhr verhafteten die Franzosen den Direktor der Laeis-Werke, Frick, und wiesen ihn aus dem besetzten Gebiet aus. Darauf trat die gesamte Belegschaft des Werkes in einen 24stündigen Proteststreik.

Die Vorgeschichte des Ruhreinfalls

Das „B. T." veröffentlicht ein **Dokument**, das einen **Fragebogen** darstellt, der im Sommer 1920 einem **Agenten des französischen Nachrichtendienstes Willi Kühl übergeben worden war.** Kühl versuchte, die von ihm verlangten Informationen zu beschaffen, wurde aber dabei **ertappt** und wegen **Verrates militärischer Geheimnisse vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.** Dies Dokument beweist, daß **schon im Jahre 1920 die Absicht in Frankreich bestand, ins Ruhrgebiet einzufallen.** In dem Fragebogen finden sich folgende Aufträge:

Ueberbringen Sie uns die Bahnhofspläne des Ruhrgebietes. — Verschaffen Sie uns die Pharuspläne der Städte Düsseldorf, Elberfeld, Wesel und Bochum und bezeichnen Sie streng genau die Gebäude, wo sich die Eisenbahndirektionen befinden. Geben Sie uns die Nummern der Bataillone, der Kompagnien und der Schwadronen der Reichswehr an, die in Düsseldorf stationiert sind. Geben Sie uns an, aus wieviel Gruppen die Sicherheitspolizei in Düsseldorf besteht, wieviel Hundertschaften umfaßt jede Gruppe? Es folgen dann Fragen über die Haltung der Arbeiterbevölkerung, der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der Einwohnerwehren.

Insbesondere wird gefragt, wie die Arbeiter und die Führer, das heißt die Ingenieure und die Direktoren usw. die eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente hinnehmen würden. Würden sie sie annehmen? Würden sie Widerstand leisten und auf welche Art und Weise? Es folgen dann wirtschaftliche Auskundschaften, über das Bestehen von Lebensmittellagern, über Kohlen- und Eisenerzlager, über die Lagepläne der bedeutenden Firmen und über die Oel- und Eisenproduktion.

Die Delbrückschächte bleiben deutsch

Breslau, 9. Juni.

Die Grenzkommission hat, wie wir erfahren, heute Beschluß über die langumstrittene Frage gefaßt, ob die Delbrück-Schächte Deutschland oder Polen zufallen sollen. Die Entscheidung ist zugunsten Deutschlands gefallen. Für Zuteilung an Deutschland stimmten außer dem deutschen Kommissar, Major Etzel, der englische und der italienische Kommissar. Die Grenzkommission hatte schon mehrfach ihrer Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß Deutschland mehr Anrecht auf die Delbrück-Schächte habe als Polen, hat es aber vor der endgültigen Entscheidung noch für zweckmäßig gehalten, das Gutachten eines neutralen Sachverständigen einzuholen. Dieses Gutachten, das von dem Professor an der Bergwerksschule in Madrid, Fabrega, erstattet worden ist, hat der heutigen Entscheidung zugrunde gelegen.

Der Ausstand in Oberschlesien

Breslau, 13. Juni.

Blättermeldungen aus Breslau zufolge sind jetzt nach Angabe der unionistischen Streikleitung 120 000 Arbeiter in Oberschlesien ausständig. Der ganze schlesische Bergbau liegt jetzt völlig still, ebenso der größte Teil der schlesischen Metallindustrie bis auf einige große Betriebe in Breslau.

Der Reichstag will warten

Berlin, 13. Juni.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, haben die Parteien im Reichstage vereinbart, vorläufig zur außenpolitischen Frage nicht Stellung zu nehmen, um die Ereignisse, die in der Entwicklung begriffen sind, ausreifen zu lassen. Man wird vor Mitte nächster Woche nicht mit einer außenpolitischen Debatte rechnen dürfen.

Mündelsichere Papiere

Berlin, 13. Juni.

Der Reichsrat stimmte gestern u. a. einer Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch zu, wonach das Vormundschaftsgericht die **Anlegung von Mündelgeldern in anderen** als den bisher für mündelsicher erklärten Wertpapieren erlauben darf. Auf Antrag Bayerns wurde festgesetzt, daß die Erlaubnis nur dann verweigert werden soll, wenn nach Lage des Falles die beabsichtigte Art der Anlage den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung zuwiderlaufen würde. Eine preußische Anregung, die ganzen bisherigen Vorschriften außer Kraft zu setzen und die Anlegung von Mündelgeldern dem freien Ermessen des Vormundes mit Zustimmung des Gegenvormundes und des Vormundschaftsgerichtes zu überlassen, wurde als zu weitgehend abgelehnt.

Herr Zeigner berichtigt

Dresden, 12. Juni.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages erklärte Ministerpräsident Dr. Zeigner auf verschiedene Fragen gegenüber der Blättermeldung, daß sich bei den „Erwerbslosen"-Unruhen in Dresden putschistische Elemente mit Ausweisen des Reichskommissars befunden hätten. Es sei festgestellt, daß sich der Reichskommissar Dillinger mit einem Ausweis des Reichskommissars für öffentliche Ordnung zu der besagten Zeit in Dresden auf Urlaub befunden habe, er sei aber nicht mit der Absicht hierher gekommen, sich putschistisch zu betätigen. (?) Weiter habe der frühere Unteroffizier Kreull, der bei der Ermordung der Rosa Luxemburg eine Rolle gespielt habe, mit einem Ausweis des Reichskommissars für öffentliche Ordnung in Dresden sich aufgehalten. Dieser Ausweis sei aber verfallen gewesen und er habe einen unrechtmäßigen Gebrauch davon gemacht. Einen Auftrag vom Reichskommissar für öffentliche Ordnung habe er jedoch nicht gehabt.

Der Prozeß gegen Fuchs und Genossen

Machhaus' Absichten.

München, 13. Juni.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung des Prozesses Fuchs führte Rechtsanwalt Graf Pestolazza aus, die Zeugen Mayr, Friedmann, Schäfer und Kautter glaubten, mit ihrer objektiven Eigenschaft als Zeugen die Eigenschaft von Angebern vereinigen zu können. Wenn jemand einen andern ins Zuchthaus zu bringen suche, dann möchte er wissen, welche Verteidigung gehindert sein solle, zu sagen: Dieser Mann ist selbst belastet in seiner Ehre und Vergangenheit. Der Verteidiger brachte dann neues Material gegen Hauptmann Mayr vor, daß er ein Schreiben vom Tisch des Generals Möhl entwendet und es dem Grafen Bothmer zur Verfügung gestellt habe, ohne diesem von der Herkunft des Schreibens etwas mitzuteilen. Der Staatsanwalt stellte demgegenüber fest, daß die Aussagen Mayrs nicht das einzige Beweismaterial seien; es kämen auch noch die Aussagen anderer Zeugen in Betracht. Außerdem seien Beweismittel vorhanden, die von der Person des Mayr und seiner Freunde ganz unabhängig seien, namentlich eine Reihe von Urkunden, ferner die Annahme von Geldsummen. Das sei eine solche Fülle von Beweismaterial, daß selbst dann, wenn der Zeuge Mayr nicht vorhanden wäre, das Ergebnis der Verhandlung gegen Fuchs nicht erschüttert würde. Das Gericht beschloß, die Anträge abzulehnen.

Zeuge stud. jur. Kautter erzählte zunächst, wie er Kenntnis von den Dingen erhielt. Er habe gesehen, daß eine nationale Diktatur bevorstand und daß Pöhner als Diktator und General Möhl mitmachen sollten. Erkundigungen bei diesen beiden hätten ergeben, daß an der Behauptung über ihre Person nichts Wahres war. Der Zeuge teilte dann die Mitteilungen von Machhaus über seine Absichten mit. Machhaus habe erklärt, durch die Erfüllungspolitik sei Deutschland an das Ende seiner Kraft gekommen. In Norddeutschland herrsche die absolute Diktatur der Gewerkschaften, wenn sie auch in der Staatsreform nicht zum Ausdruck komme. In Norddeutschland sei in kürzester Zeit mit großen wirtschaftlichen Unruhen zu rechnen, die leicht einen bolschewistischen Charakter annehmen könnten. Auf der andern Seite werde Frankreich zielbewußt in seiner Politik fortfahren, Deutschland zu schwächen. Entgegentreten könne man dem Zerfall Norddeutschlands und dem Vorgehen Frankreichs nur durch eine nationale Diktatur. Auf den Einwurf, daß Frankreich einer nationalen Diktatur gegenüber sich ablehnend verhalten werde, habe Machhaus von seinen Beziehungen zu Frankreich, Italien und Tschechoslowakei gesprochen. Machhaus sei der Ansicht gewesen, daß die Aktion am besten von Nordbayern aus durch Thüringen und Sachsen nach Norddeutschland getragen werde.

Hans Pfitzner, „Von deutscher Seele"

Von Prof. Dr. Arnold Schering.

Hans Pfitzner wurzelt als Künstlerpersönlichkeit tief im Boden der Romantik, jener Romantik, die von Schumann über Wagner und Mahlers hinweg bis in unsere Tage flutet und allem Impressionismus und Expressionismus zum Trotz die dem Deutschen ureigentümliche Kunstanschauung ist und bleiben wird. Was in allen Tonschöpfungen Pfitzners lebendig wird, ist der heiße Trieb, den Zusammenhang von Welt und Mensch in klingende Symbole zu fassen, die letzten Geheimnisse der menschlichen Seele künstlerisch zu deuten.

Nicht immer reicht das Wort dazu aus. Es gibt Antworten auf Lebensfragen, die sich nicht begrifflich, sondern nur im reinen Klange fassen lassen, also instrumental. Das ausgeprägt Romantische, das Pfitzners Kantate „Von deutscher Seele" trägt, liegt darin, daß das gesungene Wort auf lange Strecken ausgeschaltet und durch symbolische Zwischenspiele ergänzt wird, die der Phantasie weit über alles Begriffliche hinauszufliegen gestatten.

Eichendorffs Gedichte und Sprüche, die den beiden Teilen des Werkes („Mensch und Natur", „Leben und Singen") die gedankliche Stütze leihen, rühren an alte, der deutschen Seele von je geläufige Bilder und Stimmungen, an Natur und Gott, Leben und Tod, Hoffnung, Sehnsucht, Glaubenszuversicht. Sie wiederzugeben, gebraucht Pfitzner einen Chor, vier Solostimmen und ein sehr gut zusammengesetztes Orchester. Die Fülle von Musik, die von diesen Klangkörpern ausgeht, ist beispiellos. Es gibt Abschnitte, in denen der Sologesang vorherrscht und, vom unablässig wogenden Orchester getragen, in breitem lyrischen Strome dahinzieht („Der stille Garten"); andere, wo der Chor sich zu mächtigen Anrufen zusammenballt oder mit choraler Feierlichkeit Unabänderliches verkündet. Und jedesmal löst sich, den Faden des Gesungenen weiterspinnend, ein Instrumentalsatz ab, um ein eigenes, ungesprochen bleibendes Gedicht zu singen oder den folgenden Stimmungskreis vorzubereiten. Das rhythmische und melodische Leben in dieser Partitur ist bewunderungswürdig. Zuweilen ist das äußerste an Schärfe und Deutlichkeit gewagt, wie in dem dämonischen Bilde „Der Tod als Postillon" im ersten Teile. Anderes bestrickt durch den Zauber des Geheimnisvollen, Dämmrigen (Anbruch der Nacht), des Liebenswürdigen oder gar Humorvollen (Erwachen des Morgens; „Wohl vor lauter Singen") oder durch strahlende Klangpracht, wie am Schlusse des Werks, wo das schlichte, schon von Anfang auftauchende Sternenmotiv eine großartige Steigerung erfährt. Vom Anfang bis zum Schluß regen sich malende Kräfte im Orchester, doch immer so, daß das Bildliche zurücktritt hinter der gefühlsgesättigten Sprache der Leidenschaft, die hier in hundert und hundert Abstufungen wie ein großes Lied der sich ewig sehnenden, ewig hoffenden Menschheit durchklingt.

Und so wirkt das Ganze nicht nur durch den blendenden Glanz seines Tongewandes, sondern vor allem durch das in ihm verkörperte Ethos, durch das religiös abgestimmte Bekenntnis zur Unverlierbarkeit und den Glauben an die Reinheit der deutschen Seele.

„Madame Butterfly" im Stadttheater

Jahraus, jahrein müht sich ein Heer von Theaterdirektoren, Kapellmeistern, Sängern und Sängerinnen um die Puccinische Trias: Tosca, Bohème, Butterfly. „Trias" nicht, weil die Werke zusammengehören, sondern nur weil sie alle drei Welterfolge waren, sind und auch wohl noch lange bleiben werden. Wenn auch jahraus, jahrein ein Heer von Kritikern mit gezückten Federn, beißender Tinte und giftiger Druckerschwärze auf den Plan tritt, sobald nur der Name Giacomo Puccini auf dem Spielplan erscheint.

Puccini und Kitsch sind für manchen heute untrennbare Begriffe geworden, der darüber nicht hinwegkommt, daß bei diesem Italiener vieles nur Raffinement ist. Ich kann da nicht mit. Besonders, wenn ich die „Butterfly" einmal wieder gesehen habe. Ich liebe gerade diese Oper, obgleich sie textlich echt kinomäßig mit einem, mehrere Minuten währenden Tod auf offener Szene endigt. Obgleich des Komponisten viel bejubelte Kantilene mitunter hart an der Grenze des „Schmalzigen" vorüberstreift.

Man braucht diese „Madame Butterfly" nicht zu überschätzen und kann sie trotzdem lieben. Denn sie klingt und singt vom ersten bis zum letzten Takt. Sie hat starke dramatische Effekte, sie liefert eine schlagende, geistreiche musikalische Charakterkomik (man denke an den An- und Abmarsch der spießbürgerlichen japanischen Hochzeitsgesellschaft). Ihre Hauptstärke aber liegt in der einschmeichelnd warmen und weichen Lyrik, deren Höhepunkt wohl am Ende des 2. Aktes zu suchen ist: „Mit beiden Händen streuen wir Veilchen und Tuberosen."

Daß die Puccinische Muse in Halle ein dankbares Publikum fand, ist in erster Linie das Verdienst von Felix Wolfes, unter dessen frisch zugreifender Leitung die Oper in all ihren exotischen Farbenreizen schimmerte. Auch der Regisseur Hans Siegle hatte das Bühnenkolorit wirksam nachgezeichnet. Da Sänger und Sängerinnen ihren musikalischen und szenischen Mentoren willig Gefolgschaft leisteten, kam eine eindrucksvolle Aufführung zustande. Hilde Voß spielte und sang die Rolle der kleinen Geisha, die ein Opfer ihrer treuen Liebe wird und an ihres Gatten leichtfertiger Auffassung von der „Ehe auf Zeit" zugrunde geht, mit Hingabe. Paul Marion a. G. gab den Linkerton lebenswahr, zu Anfang stimmlich etwas unfrei und gedrückt, später aber voller Wärme und tenoralen Glanzes. Die Suzuki von Anna Enghardt fesselte darstellerisch, der Goro von Heinrich Teßmer war eine ganz famose Charaktertype. Willi Sonnen war, wie er hatte ansagen lassen, indisponiert. Sein Sharpleß geriet wohl aus diesem Grunde etwas schwerfällig. In den Nebenrollen wirkten mit Erfolg: Martha Kolb, August Roesler, Hans Kaufmann, Arthur Felsen, Erich Anders, Martha Seeliger, Gertrud Jung. Der Chor klang besser als sonst. Das Orchester stand auf bekannter Höhe. Alles in allem: ein Erfolg, für den der herzliche Beifall nach dem dritten Akt zeugte.

Dr. G. Sch.

Das Rücktrittsgesuch Geheimrat Lenards. Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Wie bereits gemeldet, hat Geheimrat Lenard, der bekannte Physiker der hiesigen Universität, beim badischen Kultusministerium ein Gesuch um Zurruhesetzung eingereicht. Dieser Schritt steht, wie wir erfahren, in unmittelbarem Zusammenhang mit den Vorgängen am Tage der Beisetzung Walther Rathenaus, bei denen das Physikalische Institut durch eine von einem Studenten aufgehetzte Volksmasse gestürmt und Geheimrat Lenard selbst mißhandelt und beschimpft worden war. Geheimrat Lenard, gegen den neuerdings von seiten des badischen Kultusministeriums ein Disziplinarverfahren wegen seines Verhaltens an jenem Tage eingeleitet worden ist, hat sein Gesuch damit begründet, daß er nicht mehr die Ueberzeugung habe, auf Seite des Kultusministeriums dasjenige Maß und Vertrauen zu genießen, das für ein fruchtbares Weiterarbeiten in seiner bisherigen Amtsstellung erforderlich sei, außerdem aber mit dem Verhalten, das im Zusammenhang mit jenen Vorgängen der Akademische Senat ihm gegenüber betätigte. Zu diesem befindet sich Geheimrat Lenard namentlich insofern im Gegensatz, als er das in der Studentenschaft stark verbreitete Erstaunen darüber teilt, daß diese Körperschaft wohl gegen ihn in einer Kundgebung vorzugehen für gut fand, nicht aber die Verletzung des bisher gewahrten akademischen Ehrgefühls durch den von einem Studenten geübten Verrat an einem akademischen Lehrer zum Anlaß einer Verlautbarung bzw. eines akademischen Strafverfahrens genommen hat. Geheimrat Lenard hat übrigens sein Rücktrittsgesuch erst zum 1. Oktober eingereicht; die von einigen Blättern gebrachte Mitteilung, daß er das Halten von Vorlesungen bereits eingestellt habe, ist irrig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306132-10/fragment/page=0002

Wohnungsmiete und Wohnungsfürsorge

Von Privatdozent **Dr. W. Weisbach**

Wir geben den folgenden Ausführungen Raum, ohne selbst irgendwie dazu Stellung zu nehmen. D. Red.

Ueberblicken wir die Fragen, die in der jetzigen Notlage unseres Vaterlandes im Vordergrunde der sozialhygienischen Arbeiten stehen, wie die Tuberkulosefürsorge, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Verhinderung des Geburtenrückganges, Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit u. a. m., so treffen wir stets wieder auf das Problem der Behebung der Wohnungsnot.

Wir wollen prüfen, ob die derzeitigen Maßnahmen einen Weg bieten, um der Wohnungsnot in größerem Umfange zu steuern, und ob und unter welchen Bedingungen eine sozialhygienische Tätigkeit hinsichtlich der Verbesserung der Wohnbedingungen zurzeit möglich ist.

Hinsichtlich der **Erhaltung des vorhandenen Wohnungsbestandes** ist man so vorgegangen, daß man die Hausbesitzer von der Mehrzahl der ihnen bisher naturgemäß obliegenden Pflichten, nämlich der Instandhaltung der Wohnungen und des Gebäudes als solchem befreite und alle anfallenden Kosten bei den Mietern umlegt, gegebenenfalls nach Spruch des Mieteinigungsamtes. Dieses Vorgehen nähert sich dem Verfahren der Enteignung des gesamten Hausbesitzes und der Verwaltung desselben durch die öffentliche Hand bedenklich. Auf alle Fälle ist dieses Vorgehen ein Zeichen dafür, daß man die wirtschaftliche Unmöglichkeit der künstlichen Niedrighaltung der Mieten erkannt hat und nun versucht, in zwölfter Stunde dem Verfall zahlreicher Häuser, dem drohenden Einsturz ganzer Wohnviertel dadurch entgegenzuarbeiten, daß man dem Hauseigentümer einige Mittel zur Bewerkstelligung längst erforderlicher Instandsetzungsarbeiten im Umlageverfahren zuführt.

Dies Verfahren erscheint deshalb unbillig, weil der Eigentümer des Hauses in erster Linie an den werterhaltenden Instandsetzungsarbeiten interessiert ist, und weil andererseits bei unfreiwilligem wiederholt erforderlichem Umzuge eine Mieterpartei gelegentlich in zahlreichen Häusern zu den werterhaltenden großen Instandsetzungsarbeiten herangezogen werden kann, nur weil sie zufällig zurzeit des Anfalls der Reparatur in dem betreffenden Hause wohnt. Aus diesen Gründen erscheint es gerechter, dem Hauseigentümer eine höhere Miete zukommen zu lassen, damit er bei notwendig werdenden großen Instandsetzungsarbeiten Mittel zur Verfügung hat, um die Zinsen für aufzunehmendes Kapital zahlen zu können, solange der von ihm aus einem Teil der Mieten zu bildende Instandsetzungsfonds noch nicht genügend aufgefüllt ist. Den übrigen Zuschlägen zur Grundmiete kommt keine grundsätzliche Bedeutung zu. Sie bilden mit der Grundmiete ein organisches Ganzes.

Der vorhandene Wohnungsbestand reicht aber nicht aus, um die Nachfrage nach Wohnungen auch nur in den dringendsten Fällen zu befriedigen. Wir müssen also unter allen Umständen durch Neubauten neue Unterkunftsmöglichkeiten schaffen.

Am krassesten trat die Wohnungsnot in den Bergbaurevieren, z. B. in dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier, in die Erscheinung. Sind doch nach den neuesten Feststellungen hier noch 10 000 Arbeiter in Baracken untergebracht, die zum großen Teil verheiratet sind und deren Familien teils im Thüringer Wald, teils im Vogtlande wohnen müssen, trotzdem allein im Bezirk Halle in den letzten 3 Jahren bereits 3500 Bergmannsheime geschaffen wurden. Kostete die Herstellung eines Einfamilienhauses im Jahre 1920 in diesem Revier etwa 80—100 000 M., so sind die Herstellungskosten zurzeit mit 18—20 Millionen zu veranschlagen. Da kann auch die Kohlensteuer, deren Ertrag in erster Linie zur Errichtung von Bergmannsheimen bestimmt ist, wenig helfen. Weitere Mittel zur Beschaffung neuer Wohnungen werden durch die Wohnungsbauabgabe flüssig gemacht. Diese ist für die Zeit bis zum 31. Dezember 1924 auf 3000 Prozent der Friedensmiete festgesetzt worden. Von dieser Wohnungsbauabgabe fällt die Hälfte dem Reich, die Hälfte der Kommunalverwaltung zu.

Die Stadt Halle hatte von den bisher 500 Prozent Wohnungsbauabgabe einen Teil von 475 Prozent des Gebäudesteuernutzungswertes, wie er zurzeit gilt, von dem etwa 20 Prozent soziale Ermäßigungen und 117 000 M. als Abgabe an den Reichsausgleichsfonds für 1922 abzuziehen waren. Dieser Anteil der Stadt betrug rund 83 Millionen Mark. Zurzeit wird hier in Halle die Herstellung einer 2-Zimmerwohnung mit Küche mit höchstens 50 Quadratmeter Nutzfläche in einem Großhause mit 3 Millionen Mark veranschlagt. Für den neu vorgesehenen 1500proz. Anteil an der Wohnungsbauabgabe (s. o.) kann unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten nur eine kleine Anzahl neuer Wohnungen hergestellt werden, zumal vorläufig bei dem immer noch anhaltenden Steigen lebensnotwendiger Bedarfsartikel, wie Milch, Brot usw. mit einer Stabilisierung der Herstellungskosten nicht zu rechnen ist. Bis zu einer neuen Erhöhung der Wohnungsbauabgabe vergeht aber kostbare Zeit.

Würde diese aufkommende Wohnungsbauabgabe nur zum Zinsendienst für eine Anleihe Verwendung finden, durch die das zum Bau einer größeren Anzahl von Wohnungen erforderliche Kapital mit der augenblicklichen Kaufkraft sofort bereitgestellt werden könnte, so dürfte vielleicht ein Schritt vorwärts getan werden.

Für die fertigen Häuser könnte die Stadt ausgegebene Schuldverschreibungen in Zahlung nehmen und nach erneuter Unterbringung derselben neue Häuser in Angriff nehmen. Soweit die Häuser auf städtischem Boden erbaut sind, sollte der Grund und Boden städtisches Eigentum bleiben und nur nach englischem Muster auf längere Zeit verpachtet werden. Vor allem wären für eine beschleunigte Bebauung baureife Gelände an angelegten Straßen heranzuziehen, auch wenn diese Gelände sich in Privathand befinden. Hier könnte die Stadt aus Mitteln der Anleihe weitgehend mit Baukostenzuschüssen eingreifen, soweit nur der Zinsendienst für diesen Teil der Anleihe gewährleistet ist. Wird ein gewisser Kapitalanteil bei Inangriffnahme der Bauten als Reservefonds zurückgestellt, so kann die Bautätigkeit bei plötzlicher Steigerung der Baukosten doch fortgesetzt werden, bis eine Erhöhung der Wohnungsbauabgabe neue Mittel zur Erweiterung der Anleihe zur Verfügung stellt. Der Gefahrenpunkt für die Anleihe bei fortgesetzter Markbesserung liegt erst bei einem Goldwert der Mark von 0,8 Pfennigen bei einem Dollarstand von 525 Mark. Auch für diesen Gefahrenpunkt würde der oben bezeichnetet Reservefonds mit den inzwischen angesammelten Zinsen und Zinseszinsen eine gewisse Deckung bieten. Im übrigen wäre bei solcher Markbesserung die Uebernahme weiterer Baukosten angefangener Bauten durch Privatunternehmer zum mindesten wahrscheinlich.

In Anbetracht des Umstandes, daß uns die billige Einfuhr wichtiger Produkte aus unsern Kolonien verloren gegangen ist, daß wir in vielen Dingen vom Ausland abhängig sind und daß sich durch die Reparationsleistungen die Lebensbedingungen bei uns wesentlich verschoben haben, müssen wir den früher als durchaus erträglich angesprochenen 15proz. Anteil der Miete an den Haushaltungskosten wesentlich reduzieren. Ich möchte ihn mit 6 Proz. statt 15 Proz. einsetzen, da auch die Kaufkraft des einzelnen unter Berücksichtigung des Reichsteuerungsindex sich durchschnittlich auf den der Hälfte der Friedenskaufkraft reduziert hat.

Während seitens des Ministeriums zurzeit nur eine Verdoppelung der 3000proz. Wohnungsbauabgabe erwogen wird, zeigt unsere Berechnung, daß wir ohne bedenkliche Belastung des einzelnen Haushaltes bis zu einer Verzehnfachung dieser Wohnungsbauabgabe gehen können. Vielleicht vermag eine derartige Erhöhung der Wohnungsbauabgabe noch schneller und einfacher als die Kapitalisierung der jetzigen niedrigen Wohnungsbauabgabe uns die Geldmittel zur Herstellung einer größeren Anzahl neuer Wohnungen zu beschaffen. Bei einer Verzehnfachung der Wohnungsbauabgabe bleibt immer noch eine beträchtliche Summe in Höhe der 150fachen Friedensmiete übrig, die die Mieter für große Reparaturarbeiten an den Häusern aufbringen können, bevor die 6 Proz. des Einkommens erschöpft sind.

Gewisse unverkennbare Vorteile würden in sozialhygienischer Beziehung aus der Beibehaltung des Systems niedriger Mieten und hoher Wohnungsbauabgaben ohne Zweifel entspringen, denn man hätte weiten Spielraum, Rentner und andere notleidende Personen von dieser Abgabe zu befreien.

In sozialhygienisch-fürsorgerischer Hinsicht ziehe ich aus den Berechnungen die Schlußfolgerung, daß hinsichtlich der Beschaffung des notwendigsten Wohnraumes, geschweige denn hinsichtlich der Verbesserung hygienisch zu beanstandender Wohnungen keine Aussicht auf Erfolg besteht, **solange nicht jeder Staatsbürger diejenigen Mittel, die er ohne wirtschaftliche Ueberbelastung für Wohnzwecke aufbringen kann, auch aufbringt.** Die Verhältnisse liegen hier gleich, wie auf allen anderen Gebieten der sozialen Fürsorge. **Zunächst muß jeder einzelne Staatsbürger im Interesse der Allgemeinheit seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechend belastet sein, ehe er auf fürsorgerische Maßnahmen Anspruch hat.** Genau, wie jede unnötige Inanspruchnahme einer Krankenkasse sich in notwendiger Erhöhung der Beiträge für die Allgemeinheit unbedingt auswirken muß, so muß auch jedwede Fürsorgetätigkeit staatlicher oder wohltätiger Art versagen, wenn sie mit unnötigen Aufgaben belastet wird. Bevor wir also der Frage der Wohnungsfürsorge vom sozialhygienischen Standpunkt aus beikommen können, muß erst eine staatliche Regelung der Mietabgaben oder bei Verzicht auf staatliche Regelung eine entsprechende Einstellung auf eine der persönlichen Leistungsfähigkeit entsprechende Höhe des Mietzinses erfolgen. Natürlich kann jeder Haushalt für die 6 Prozent des Einkommens des Haushaltungsvorstandes nur den unbedingt notwendigen Wohnraum beanspruchen. Jeder mehr beanspruchte Raum muß (wenn überhaupt erst wieder genug Wohnraum da ist) den Etat des Einzelnen höher belasten und dürfte außerdem eine willkommene Steuerquelle für die Wohnungsfürsorge eröffnen.

Gegenüber der freien Gestaltung des Wohnungsmarktes erhebt sich allerdings das nicht zu unterschätzende Bedenken, daß Hand in Hand mit den höheren Mietzinserträgen eine Erhöhung der Hypothekenzinsen gegebenenfalls bis zu einer entsprechenden, auch etwa auf ein Drittel reduzierten Goldwerthöhe gehen müßte, daß sich der Zinsendienst aller Anleihen des Staates dem anschließen müßte u. s. f. Wir bewegen uns allmählich ja durch Ausgabe der wertbeständigen Anleihen einer Goldbasis wieder zu. Gegebenenfalls könnte eine derartige Berechnung der reduzierten Leistungsfähigkeit hinsichtlich des aufzubringenden Mietzinses im Vergleich mit der Feststellung der Reduzierung unseres gesamten Volksvermögens eine Grundlage für die Neubewertung unserer Sachwerte bilden. Neben allen volkswirtschaftlichen Fragen ruft auch die gesamte Fürsorge nach einer neuen wirtschaftlichen Basis von der aus ihre sie aufbauende Tätigkeit neu beginnen kann. Ob wir auf der Grundlage des halben, viertel oder zehntel Friedensstandes am Volksvermögen beginnen, bleibt für die soziale Fürsorge gleich. Sie bedarf aber unbedingt einer neuen wirtschaftlichen Basis, auf die sie sich einstellen kann. Hinsichtlich der Schwierigkeiten, die sich bei völlig freier Neugestaltung des Wohnungsmarktes für die Rentner u. a. ergeben, ist zu sagen, daß ein Teil der in ärgster Bedrängnis befindlichen Rentner gerade Hausbesitzer sind, daß andererseits das Hinaufführen des Mietpreises auf die für den Durchschnitt des erwerbstätigen Personenkreises erträglichen Höhe nichts weiter bedeutet, als daß der Rabatt, der in Form der unnatürlich billigen Wohnungsmieten auf 6 Prozent des notwendigen Lebensunterhaltes liegt, gestrichen wird. Eine wirtschaftliche Konzession an die Arbeitnehmer wäre gegebenenfalls in dem Sinne angezeigt, daß man den jugendlichen Arbeitern, die keine eigene Wohnung benötigen, einen entsprechenden Lohnabzug macht und den Haushaltungsvorständen aus diesen Beträgen einen Mietzuschuß gewährt.

In den leider zahlreichen Fällen, wo die gesamte Lebenshaltung aus öffentlichen oder privat-wohltätigen Mitteln bestritten wird, kann dieser Nachlaß auf die Miete keine ausschlaggebende Rolle spielen*)

Bei der Berechnung einer Ertragsfähigkeit eines Hauses auf der angegebenen Basis darf weiterhin nicht außer Ansatz gelassen werden, daß der Reinertrag des Hauses auch nur entsprechend der infolge unserer wirtschaftlichen Verarmung unbedingt notwendigen Sachwertreduktion desselben nur einen Bruchteil des Friedensertrages ausmachen darf und soll. Diese Sachwertreduktion findet ihren Niederschlag ebensowohl in unserer verminderten Kaufkraft, wie in unserer verminderten Leistungsfähigkeit im Versicherungswesen. Niemand ist mehr im stande, von gleichen Einkommenteilen ebenso viele Sachwerte wie vor dem Kriege zu erwerben. Er ist demnach auch nicht in der Lage, mit dem gleichen, geschweige denn mit dem notwendigeren reduzierten prozentualen Aufwand eine entsprechende Wohnung zu unterhalten. Er muß sich auf den unbedingt notwendigen Wohnraum beschränken. Ihm diesen aber für den erträglichen Einkommenanteil zu gewährleisten, ist Aufgabe der sozialen Wohnungsfürsorge.

Schlußsätze: 1. Unter den derzeitigen Lebensbedingungen können nur noch 6 Prozent des Arbeitseinkommens gegenüber 15 Prozent der Vorkriegszeit für Wohnzwecke ausgegeben werden. Auf Grund der derzeitigen Mietgesetzgebung, unter Berücksichtigung der Wohnungsbauabgabe von 3000 Prozent der Friedensmiete, werden vom Durchschnitt der erwerbstätigen Bevölkerung nur 0,43 Prozent des Arbeitseinkommens für Wohnzwecke verbraucht.

2. Will man die Zwangsmietengesetzgebung beibehalten, so kann die Wohnungsbauabgabe bis auf die 10fache Höhe gebracht werden.

3. Mit der jetzigen Wohnungsbauabgabe ließe sich eine größere Neubautätigkeit in die Wege leiten, wenn Staat und Kommunen ihren Anteil durch eine niedrig verzinsbare Goldanleihe kapitalisieren. Für die Zinsen bürgt die Wohnungsbauabgabe. Als Geldgeber kommen die Personenkreise in Betracht, welche Wert darauf legen, bei einer, wenn auch geringen Verzinsung einen Zinsertrag mit voraussichtlich beständiger Kaufkraft für Erkrankungsfälle oder Invalidität sicherzustellen.

4. Staat und Kommunen sollen das erforderliche Bauland nur pachtweise hergeben.

5. Die Kohlensteuer erscheint als eine wirtschaftlich ungerechte Belastung.

6. Will man die Regelung des Wohnungsmietpreises dem freien Ausgleich von Angebot und Nachfrage überlassen, so muß erst eine Reduktion aller Sachwerte auf irgendeiner Basis vorgenommen werden. Für Miethäuser ergibt sich diese Reduktion aus der verminderten Leistungsfähigkeit der Mieter.

7. Für eine 2-Zimmerwohnung mit Küche, die im Frieden 320 Mark kostete, kann jetzt eine Miete von 180 000 Mark gezahlt werden. Es erscheint wünschenswert, daß auf dieser Basis rechnerisch geprüft wird, ob ein Neubau sich unter diesen Bedingungen aufführen läßt.

8. Für Erwerbsunfähige, Rentner usw. müssen Mietzuschüsse vorgesehen werden.*)

9. Zur Behebung des dringendsten Wohnungsbedarfes erscheint die Errichtung größerer Häuser angezeigt, da nach den letzten bekannten Berechnungen ein Einfamilienhaus mindestens 10 Millionen, eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche in einem Mehrfamilienhaus etwa 3 Millionen Herstellungskosten verursacht.

10. Unter allen Umständen ist die Beibehaltung der Wohnungspflege und der Mieteinigungsämter anzustreben.

Anmerkung: Die Zahlenwerte, die dieser Berechnung zu Grunde liegen, trafen etwa bei uns in Deutschland für die erste Hälfte des Monat März 1923 zu. Inzwischen habe ich aus Deutschösterreich für die gleiche Zeit einige Zahlenwerte ermitteln können.**) Diese sind als Vergleichsmaßstab um so wertvoller, als man zu dieser Zeit in Deutschösterreich bereits von einer Stabilisierung des Geldes sprechen konnte, umsomehr, als zu dieser Zeit die Notenpresse bereits seit ¾ Jahr stillgelegt war.

Die Wohnungen waren in Wien in der Vorkriegszeit besonders teuer und der Wohnraum, der von Personen mit bestimmtem Einkommen in Anspruch genommen wurde, war demzufolge wesentlich geringer als im Durchschnitt im deutschen Reich. Es kostete im 2.—9. Bezirk eine Wohnung in der Stadtnähe 15 Kr., in der Gürtelnähe 12 Kr. pro Quadratmeter. Eine Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Kabinett, Vorzimmer, Dienerzimmer, Bad, Küche, umfaßte etwa 90 Quadratmeter und kostete 1350 Kr. Jahreszins. Sie wurde etwa von einem Beamten der 5. (VIII.) Bezugsklasse (Majorsrang) bewohnt. Dieselbe Wohnung kostete im März 1923 einen Jahreszins von ca. 401 175 Kr., d. h. das 289fache des Friedenspreises. Dieser Mietzins errechnet sich folgendermaßen:

1. Grundzins: $\frac{1350}{2}$ =	. . . .	675 Kr.
2. Instandhaltungszins	1350×150 . .	202 500 „
3. Wohnbausteuer	. . . .	63 000 „
4. Betriebskosten etwa	1350×100 . .	135 000 „
		401 175 Kr.

Die Einkommensverhältnisse eines Bewohners solcher Wohnung gestalteten sich demgegenüber folgendermaßen:

1914:	Gehalt	3600 Kr.
	Quartiergeld	1900 Kr.
		5500 Kr.

1923: Gesamtbezüge berechnet nach dem Aprilindex: 20 756 880 Kr., d. h. es ist eine Gehaltsaufbesserung um das 3774fache erfolgt.

Während der betreffende Beamte also im Jahre 1914 den 4. Teil seines Einkommens für Wohnungsmiete auszugeben hatte, brauchte er im April 1923 nur etwa den 50. Teil seiner Einnahmen hierfür zu verwenden. Um im Bilde der bei uns eingeführten Berechnung nach Prozenten der Friedensmiete zu bleiben, ist unter den Werten, aus denen sich der Mietzins zusammensetzt, besonders der beträchtliche Anteil von 15 000 Proz. der Friedensmiete für Instandsetzungsarbeiten hervorzuheben. Denn neben der Anregung der Neubautätigkeit ist im Interesse gesunder Wohnungsverhältnisse die gute Instandhaltung des vorhandenen Wohnraumes äußerst wichtig. Zu meinen obigen Ausführungen hinsichtlich der Wohnungsbauabgabe sind bezüglich der Wiener Verhältnisse noch 2 Punkte nachzutragen. Einmal ist in Wien die Wohnungsbauabgabe gestaffelt, indem von den ersten 600 Kronen Friedensmiete 4000 Proz. erhoben werden, von jeden weiteren 600 Kronen 1000 Proz. mehr, bis zu 50 000 Proz. der Friedensmiete.

Zweitens hat die Gemeinde Wien inzwischen eine 5proz. Wohnbauanleihe aufgelegt, zu deren besonderen Sicherstellung hinsichtlich des Zinsen- und Tilgungsdienstes hat sie einen Teil der aus der Wohnbausteuer fließenden Eingänge bestimmt.

*) Vergl. hierzu Bismarck (Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 21. Mai 1869): „Und wenn ich mich darauf einlassen wollte, davon zu reden, wie grausam es wäre, dem armen Mann sein Pfeifchen Tabak oder den stärkenden Trank zu verkümmern, und ich wäre mir dabei bewußt, daß ich immer noch das Kopfgeld und die Brotsteuer von ihm fordere, so würde ich meinem inneren Menschen gegenüber ehrlich genug sein zu fragen: Was bezweckst du eigentlich mit dieser Heuchelei?"

*) Außer der inzwischen erfolgten Befreiung von der Wohnungsbauabgabe.

**) Durch besondere Gefälligkeit des Wohnungsamtes der Stadt Wien.

50jähriges Doktorjubiläum. Geheimrat Professor Dr. Johannes Rehmke, der langjährige Ordinarius für Philosophie an der Universität Greifswald und Begründer einer neuen Philosophie, feiert in Marburg, wo er im Ruhestand lebt, am 16. Juni sein 50jähriges Doktorjubiläum.

Absätze, Sohlen billig. Gummi-Bieder, nur Gr. Steinstraße 35.

Briketts, vorzügliche Marken, Grudekoks, Nasspresssteine, Steinkohle, Koks, Anthrazit, Brennholz,
Joh. Jänicke, Kohlenhandlung,
Kl. Brauhausstr. 7. Fernsprecher 3965.
Lieferung frei Gelass und ab Lager. Handwagen zur Verfügung.

Aus Mitteldeutschland

Nutzbarmachung der Wasserkräfte Thüringens

Die Vorlage der Thüringer Regierung über die Elektrizitätsversorgung und den Ausbau der Wasserkräfte wird durch eine Begründung eingeleitet, aus der wir heute nur das über die Wasserkräfte Gesagte wiedergeben wollen. Es heißt da: Im Vordergrunde steht hier der Ausbau der Wasserkräfte der Saale, doch darf sich die Fürsorge des Staates nicht darauf beschränken. Thüringens Flußgebiet bietet außer an der Saale noch verschiedene Möglichkeiten, Wasserkräfte mit gutem Nutzen auszubauen. Es ist vor allem der Werralauf, der hierfür noch in Frage kommt. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb neben den Arbeiten für den Saaleausbau für die Werra ein größeres Projekt ausarbeiten lassen, über dessen Verwirklichung bereits mit Beteiligten eingehend erfolgversprechend verhandelt worden ist. Der Ausbau der Saalewasserkräfte muß allerdings die dringlichste Aufgabe bleiben. Ihre überragende Bedeutung erhellt am besten die Tatsache, daß hierdurch im Vollausbau ungefähr ebenso große Leistungen gewonnen werden können, wie zurzeit in den öffentlichen Elektrizitätswerken ganz Thüringens insgesamt erzeugt werden (etwa 70). Es ist bekannt, daß sowohl die Firma Zeiß wie getrennt hiervon das Land Preußen durch sein Vorarbeitenamt in Saalfeld Pläne für den Ausbau der oberen Saale haben ausarbeiten lassen. Diese Pläne stehen insofern in einem gewissen Gegensatz zueinander, als die Arbeit von Zeiß lediglich vom Gedanken bester und weitestgehender Kraftgewinnung getragen wurde, während Preußen neben dem Gesichtspunkt der Kraftgewinnung im Interesse des Mittellandkanalprojektes darauf bedacht blieb, die Elbe bei Niedrigwasser aus den Saaletalsperren nach Bedarf mit Wasser bereichern zu können, um sie ständig für 1000-Tonnen-Schiffe fahrbar zu halten. Es war nicht leicht, diese widerstreitenden Interessen zu vereinigen, und es ist deshalb erst unlängst gelungen, eine Grundlage zu finden, die den beiden Interessen gerecht wird und die Gewährung eines Zuschusses durch das Reich sichert.

Thüringen ist bereit, dem Saaleausbau in einer Form zuzustimmen, die in Trockenperioden Zuschußwasser zur Erhöhung des Elbspiegels für die Schiffahrt abzugeben ermöglicht. Deshalb kann die Kraftgewinnung nur durch große Sperren erfolgen. Thüringen muß verlangen, daß mit dem Ausbau der von Thüringen bereits zur Konzessionierung eingereichten Bleilochsperre, die wir für wirtschaftlich wertvoller halten, begonnen wird. Da Preußen der von ihm bearbeiteten Hohenwarthesperre einen besonderen Wert für seine Interessen beimißt, wird auch die Hohenwarthesperre in das erste große Bauprogramm mit aufgenommen und so rasch wie möglich mit in Angriff genommen werden. Rechte zum Ausbau der Saale bis zur Loquitzmündung sollen allein der zu gründenden Gesellschaft gegeben werden. Auch beansprucht Thüringen, daß das Reich den verlorenen Bauzuschuß in einer Höhe gewährt, die den durch Berücksichtigung der Schiffahrtsinteressen der Elektrizitätswirtschaft Thüringens erwachsenden Schaden deckt, und daß Beiträge, die nach der Reichsverfassung zu den Kosten der großen Sperren erhoben werden können, in voller Höhe den Talsperrenunternehmungen zugute kommen.

Auf dieser Grundlage soll nach Verabschiedung dieser Vorlage des Bauabkommen mit dem Reich und mit Preußen und sonstigen interessierten Staaten abgeschlossen und sofort mit dem Bau begonnen werden. Alle Einzelheiten müssen der besonderen Vereinbarung der Vertragschließenden vorbehalten bleiben. Die Gemeinschaftsform für die Sperrbauten soll, wie bei der Landeselektrizitätsversorgung, die Aktiengesellschaft werden. Allgemein sollen auch bei weiteren Wasser- und anderen Kraftbauten die Erzeugungsunternehmungen von den Verteilungsunternehmungen gesellschaftlich getrennt bleiben, wodurch aber eine wechselseitige Beteiligung nicht ausgeschlossen wird. In der Saalesperregesellschaft werden voraussichtlich ausschließlich die beteiligten Länder Gesellschaftsanteile übernehmen. Dem Land Thüringen wird entsprechend seinem überwiegenden Interesse die Mehrheit des Aktienbesitzes vorbehalten werden müssen. Eine Beteiligung rein privater Unternehmungen, wie bei der Landeselektrizitätsversorgung, wurde nicht vorgesehen.

Unterwerra-Ausschuß

Der Unterwerra-Ausschuß hielt seine diesjährige Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 9. Juni, in Witzenhausen ab. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht und bewies auf diese Art und Weise schon rein äußerlich die Geschlossenheit des Verbandes, sein weites Interessengebiet und seine große Mitgliedszahl.

Die Versammlung wurde von dem stellv. Vorsitzenden Herrn Bürgermeister Neuschäfer-Mühlhausen i. Thür. eröffnet, der davon Kenntnis gab, daß der langjährige Vorsitzende des Unterwerra-Ausschusses, Herr Handelskammerpräsident Fabrikbesitzer G. Aulepp-Mühlhausen i. Thür. sich leider aus Gesundheitsgründen genötigt gesehen hat, sein so lange mit großem Weitblick, steter Unermüdlichkeit und Einsetzung seiner reichen Erfahrungen innegehabtes Amt niederzulegen. Man bedauerte diesen Beschluß in der Versammlung allgemein und gab der Hoffnung Ausdruck, den langjährigen Vorsitzenden bald wieder im Kreise der Bestrebungen begrüßen zu können.

Syndikus Dr. Baumgardt-Mühlhausen i. Thür. erstattete sodann Bericht über die nunmehr abgeschlossenen Arbeiten des staatlichen Vorarbeitenamts zu Eisenach, welches die Kanallinie geprüft und ihre Baumöglichkeit sowohl wie ihre Bauwürdigkeit festgestellt habe. Er berichtete sodann über die Tätigkeit des Unterwerra-Ausschusses im abgelaufenen Zeitraum, die eine außerordentlich rege gewesen ist, vor allem auch nach der propagandistischen Seite und deren Reichhaltigkeit er durch Zahlen illustrierte.

Die Versammlung nahm diesen Bericht entgegen und sprach dem Vorstand und der Geschäftsführung ihren Dank und ihre Anerkennug aus. Es wurden weiter noch finanzielle Fragen behandelt und zur Wahl des Vorstandes geschritten. Zum Vorstand wurden gewählt Handelskammerpräsident Großkaufmann C. Bühner-Mühlhausen i. Thür. als Vorsitzender, Bürgermeister Neuschäfer-Mühlhausen i. Thür. als stellv. Vorsitzender, Bürgermeister Dr. Stolzenberg-Eschwege.

Mitteldeutsche Jugendtagung

Infolge der politischen Lage im besetzten Gebiete hat bekanntlich der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband seine beiden, für diesen Monat geplanten großen Tagungen, den Verbandstag in Spandau sowie den Reichsjugendtag in Würzburg, auf unbestimmte Zeit verschoben. Dafür veranstaltet der Bund der Kaufmannsjugend im D. H. V., Gau Mitteldeutschland, für seine Mitglieder in Thüringen und Sachsen-Anhalt eine großzügige Gaujugendtagung vom 23.—25. Juni 1923 auf der bei Jena gelegenen Lobeda-Burg, die bekanntlich im Herbst letzten Jahres vom D. H. V. als Jugendburg für seine Mitglieder erworben wurde. Auf dem Begrüßungsabend hält der Mitbegründer des Verbandes Johannes Irwahn-Hamburg die Festrede, während auf der vorgesehenen Kaufmannsjugendtagung Gauvorsteher Baudach-Halle über „Deutsches Kaufmannstum und Kaufmannsjugend" spricht. Einen Jugendgottesdienst am Sonntag vormittag wird Pfarrer Blankenburg aus Altenburg abhalten. Außer sportlichen und beruflichen Wettkämpfen ist u. a. auch ein Fackelzug vorgesehen.

Noske gegen die Kommunisten

Hannover, 11. Juni.

Im Provinziallandtag wurde ein Antrag der Bürgerlichen angenommen, in dem es u. a. heißt: Die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden werden ersucht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten in großem Umfange entweder auszuführen oder von anderer Seite (Provinz, Kreisen, Gemeinden, Genossenschaften, Unternehmern) in Angriff genommene Notstandsarbeiten nachhaltig zu unterstützen.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist so umzugestalten, daß den öffentlichen Körperschaften ein Pauschalsatz von etwa zwei Drittel der aufgewendeten Kosten erstattet wird. Die Wartezeit bei der Erwerbslosenfürsorge ist abzukürzen.

Die Provinz erklärt sich bereit, für Notstandsabeiten drei Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen, falls der Staat den gleichen Betrag zur Verfügung stellt.

In der lebhaften Aussprache ergriff auch Oberpräsident Noske wiederholt, von den Kommunisten stürmisch unterbrochen, das Wort. Er sagte u. a.: Das Problem der Arbeitslosigkeit werde in der Provinz Hannover fortgesetzt lebhaft erörtert von Vertretern des Staats, der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Auf die Oedlandkultivierung würden oft übertriebene Hoffnungen gesetzt. Massen von Arbeitslosen dort unterzubringen, sei überhaupt nicht möglich. Am schwierigsten sei es, größere Mengen von Arbeitslosen aus den Großstädten herauszuziehen. Redner werde deshalb dafür eintreten, daß verhindert werden könne, daß die Arbeitslosen überhaupt auf die Straße gesetzt werden. Industrie und Handel sollten sich der Lage ernsthaft bewußt sein und alle Opfer bringen. Aber auch der Arbeiter müsse sich jetzt des vollen Ernstes der Lage bewußt sein. Wenn auch in der Stadt Hannover der Versuch gemacht werde, die Arbeiterschaft zu unbesonnenen Schritten zu verleiten, so müsse er eine ernste Warnung dagegen aussprechen. Sollten hier Dinge unternommen werden wie im Ruhrgebiet, so werde er mit den schärfsten Mitteln dagegen einschreiten. Gewalttaten werde er nicht dulden. Mit Knüppeln und Pistolen Werke stillzulegen, das sei es, was er zu verhindern wissen werde.

---

g. Aus der Elster- und Luppenaue, 12. Juni. (Die Rehbockjagd) ist seit Mitte vorigen Monats eröffnet; deshalb sah man unsere Jäger mit Büchse und Rucksack ausgerüstet, sich nach ihren Revieren begeben, um hier auf der Pirsche oder auf Anstand dem edlen Waidwerk obzuliegen; gilt es doch, die Trophäensammlung mit einem kapitalen oder gar monströsen Gehörn zu bereichern und nach längerer Pause für die Küche einen saftigen Rehrücken zu beschaffen. Im allgemeinen fällt die Jagd im hiesigen Auengelände gering aus, da der Rehbestand durch den strengen schneereichen Winter 1916/17 und die Wilddiebereien stark gelichtet worden ist. Nur vereinzelt ist hier und da ein Bock erlegt worden; denn das Rehwild bedarf hier besonderer Schonung, wenn es sich wieder auf einen normalen Stand heben soll.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuerordnung für die Stadt Halle vom 18. Mai 1923 hat die Genehmigung des Bezirksausschusses und die Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten gefunden. Die Ordnung, welche rückwirkend mit dem 1. April 1923 in Kraft tritt, liegt in unserem Gewerbesteuerbüro, Rathausstraße 19 III, Zimmer 71, zur Einsicht aus. Dort können auch Abdrucke der Ordnung gegen Zahlung von 200 M in Empfang genommen werden.

Halle, 11. Juni 1923. Der Magistrat.

Vermögensbilanz am 31. März 1923.

Aktiva.

Grundstück- u. Gebäude-Konto	10 000,—
Maschinen-Konto	9 000,—
Kassa-Konto	2 253,80
Debitoren	3 806 594,93
Wertpapiere	3 050,—
Bestände von Produkten u. Betriebsmaterialien	688 150,—
Summe der Aktiva	4 519 048,43

Passiva.

Mitgliederguthaben	
a) verbleibender Mitglieder	3 960,—
b) ausscheidender Mitglieder	80,—
Anleihen-Konto	10 000,—
Kreditoren	1 968 455,—
Reservefonds-Konto	20 000,—
Betriebsrücklage-Konto	19 177,04
Erneuerungsrücklage-Konto	2 497 376,39
Summe der Passiva	4 519 048,43

Mitgliederbewegung:

Zahl der Genossen am 1. April 1922 30.

Zugang: 1. Abgang: —.

Zahl der Genossen am 31. März 1923 31.

Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitgliederguthaben um 400 M. und die Haftsummen um 10 000 M. vermehrt. Die Gesamthaftsumme aller Mitglieder betrug am Jahresschlusse 99 000 M.

Gröbers, den 13. Juni 1923.

Dampfmolkerei Gröbers,
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Nietzschmann. Beil.

Stellen-Gesuche

Kaufmann,

Mitte 30er, langjähr. Geschäftsf. u. Abt.-Leiter, Buchhalt. u. Disp., s. z. 15. Juli od. sp. nur leit. Posten, Halle od. Leipzig. Beste Zeugnisse stehen zur Verfügung. Off. u. Z. 3244 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Stellen-Angebote

Durchaus zuverlässige, flott arbeitende
Privatsekretärin,
gewandert in Maschinenschrift, Kurzschrift und Buchhaltung, zu baldigem Eintritt gesucht. Bewerberin muß in der Lage sein, den laufenden Briefwechsel nach Einarbeitung selbständig, den übrigen, soweit er einfacher Art ist, nach Stichworten zu erledigen. Bezahlung der Leistung entsprechend. Bewerbungen unter Beifügung der üblichen Unterlagen unter Z. 3230 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen zum baldmöglichen Antritt einen tüchtigen, jüngeren
Verkäufer u. Dekorateur,
der in der Lage ist, große Schaufenster selbständig zu dekorieren u. perfekter Lackschreiber sein muß. Kaufhaus Kurt Nathan, Guben, Wirtschaftsartikel Galanterie- und Lederw.

Junge zuverl., solide
Kellner
mit guten Zeugnissen in Saison- u. Jahresstellung sofort gesucht. Anfragen an Fr. Bohnert, Nordhausen a. H., oder an das Arbeitsamt dortselbst erbeten. Retourmarke u. Abschriften, evtl. m. Bild.

Suche zu sofort oder 1. Juli erfahrene
Wirtschafterin,
die in Küche u. Geflügelzucht voll und ganz bewandert ist. Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. erbeten.
Frau Naether
geb. Vogt.
Rittergut Tümpling
bei Camburg a. S.

Suche zu möglichst bald. Antritt ein gewandtes
Hausmädchen.
Gehaltsanspr. u. Zeugn.-Abschr., Porto wird vergütet, einsenden an Frau von Löbbecke, Groß-Denkte in Braunschweig.

Nettes, ehrliches
Mädchen
vom Lande nicht unt. 16 J., welches etwas nähen und Wäsche behandeln kann, für kleinen Haushalt u. Geschäft gesucht. Zu erfragen bei Frau Else Dolze, Reilstr. 26, im Laden.

Miet-Gesuche

Herrschaftliche Wohnung
(5—7 Zimmer) gesucht. Herrenzimmer 2c. wird evtl. gekauft. Kl. Tauschwohnung vorhanden. Off. unt. Z. 3247 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

E. Theuring,
Fritz Reuterstr. 1,
Ecke Ludwig Wuchererstr. Tel. 2986.
Kaufe laufend jeden Posten
Lumpen, Alteisen, Metalle, Knochen, Papier, Felle, Flaschen zu höchsten Tagespreisen.
— Kostenlose Abholung. —

Vertreter einer sächsischen Holzgroßhandlung sucht in Halle gut
möbl. Zimmer,
da, wo in Wohnung Telephonanschluß vorhanden od. angelegt werden kann. Angebote unter Z. 3228 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Dipl.-Ingenieur, verh., wöchentl. 1 Tag in Halle anwesend, sucht besseres,
billig. Schlafzimmer.
Angeb. postlagernd L. M. Rudolstadt i. Thür.

Kaufgesuche

Ich kaufe
gut erhalt. u. neue Herren-Garderobe wie Jacketts, Hosen, Milit.-Mäntel usw. Möbel und jede andere Wertsache zu angemess. Preisen. P. Hammer, Rathausstr. 17, Hof I links.

Motorrad,
möglichst gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Rensch, Poststraße 4.

Wir kaufen größere u. kleinere Posten
Viktoria-Erbsen, Bohnen, Linsen, Mohn und Senf
und erbitten Angebote.
Erich Walla & Co.,
Halle a. S.,
Berliner Straße 28.
Fernruf 3351 und 2920.

Gebildeter Herr
in maßgebender Stellung sucht Aufnahme in gutem Hause durch Abgabe von
ein oder zwei Zimmern.
Gefl. Angebote unter B. M. 2962 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4.

Nachstehende Formulare sind vorrätig:

Strafverfügung und Strafausfertigung — Verantwortl. Vernehmungsformulare — Haushaltsvoranschläge — Mahnzettel — Ladung des Klägers — Ladung des Verklagten — Baupolizeiverordnung für das platte Land — Anzeigenformulare für den Amtsvorsteher u. Polizeiverwaltung — Hebebuch und Hebeliste, Steuerzettel — Jagdpachtverträge — Pachtkontrakte — Mehlverbrauchsnachweisung für die Bäcker (Saalkreis) — Arbeitsbücher (männl u. weibliche — Steuerzettel — An- u. Abmeldescheine (Saalkreis) — Unfallanzeigeformulare — Verhandlungsprotokolle — Schlachtscheine für Rindvieh und Schweine usw. — Bescheinigung über die Erfolglosigkeit des Sühneversuches — Steuerbücher — Einnahme- und Ausgabe-Journal — Radfahrerkarten — Bankette- und Lageplan-Formulare.

Otto Thiele, Halle a. S.,
Buch- und Kunstdruckerei,
Verlag der Halleschen Zeitung,
Formular-Verlag.

Verkäufe

Landsitze
zu 12. 15. 18 u. 21 Mrg. in Schleswig für 90 bis 120 Mill. inkl. kompl. Inventar, durchweg guter Weizenb., zu verkaufen durch Peters, Mannische-straße 21. Tel. 3719.

Zu verkaufen:
Blaue und graue
Offiz.-Uniformen,
Zivilanzüge, Stiefel, Wäsche usw. Off. u. Z. 3246 an d. Geschäftsst. d. Z.

Piano,
sehr gut erh., verkauft Marienstraße 27 a pt.

2fl. Gaskocher
D Breeches, weißseiden. Schal, Tennisschläger, alles neu, Frackhose u. Cylinder, fast neu, zu verkaufen. Nur nachm. v. 5 Uhr an Wettinerstr. 23 b II bei Langenberg.

Inventar-Versteigerung

Sonnabend, den 16. Juni, vormittags 11 Uhr versteigere ich in Leipzig, Wundtstraße 4 (früher Schleußiger Weg) — am Germania-Bad — im freiwilligen Auftrage des Eigentümers folgende

Pferde:

1 dunkelbrauner	Wallach,	4jährig,	1,80 m,	Oldenburger,
1 dunkelbrauner	Wallach,	6jährig,	1,84 m,	Belgier,
1 brauner	Wallach,	6jährig,	1,87 m,	Belgier,
1 brauner	Wallach,	6jährig,	1,80 m,	Belgier,
1 brauner	Wallach,	6jährig,	1,79 m,	Belgier,
1 brauner	Wallach,	7jährig,	1,73 m,	Belgier,
1 Rotschimmel	Wallach,	8jährig,	1,78 m,	Belgier,
1 Rotschimmel	Stute,	11jährig,	1,77 m,	Belgier,
1 brauner	Wallach,	12jährig,	1,77 m,	Belgier,

Wagen:

10 Stück 4" Sandwagen,
1 Stück Kastenrolle, 100 Zentner,
1 Stück 4" Steinewagen,
4 Stück 4" Lowry-Wagen, 100 Zentner,
1 Stück Geschäftswagen, 1 Hinterlader,
3 Stück Wagenheben,
2 Stück Futterkästen

sowie Geschirre, Ketten, Ortscheide, Aufziehbäume, Stangen- und Brustketten, 1 Gleichstrom-Motor (Kupferwicklung A.-E.-G.) 2½ P.S. mit Anlasser.

Ferner: 1 Anhänge-Lastwagen, 3 to (Magirus, Ulm).

Für Zugfestigkeit, gesetzliche Fehler und angegebenes Alter der Pferde wird garantiert. Pferde werden in der Arbeit gezeigt. Besichtigung 2 Stunden zuvor.

Herm. Thiemig,
Auktionator und Taxator.
Gottschedstraße 32. Fernsprecher 18..

Donnerstag, den 14. ds. Mts., erhalte ich
belgische

Absatz-fohlen.
Chr. Körber,
Halle a. S., Landwehrstr. 6.
Telephon 1195.

WER
etwas zu kaufen sucht, etwas zu verkaufen hat, eine Stellung sucht oder zu vergeben hat, benutzt mit bestem Erfolg unsere in den kaufkräftigen Kreisen umfassend verbreitete Hallesche Zeitung. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipzigerstraße 61/62 entgegen.

Von Donnerstag ab steht ein Transport frischmilchend. und hochtrag.
Kühe
bei mir zum Verkauf.
H. Boyde, Brehna.
Telephon Roitzsch 2.

Häckselmaschine
zu verkaufen.
Franz Otto, Crympa bei Mücheln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306132-10/fragment/page=0004

Volkswirtschaft

Berliner Devisenkurse.

Berlin, 13. Juni.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd	38553,—	38747,—	Paris	6244,—	6276,—
Buenos Aires	34663,—	34837,—	Schweiz	17605,50	17694,50
Brüss.-Antw.	5406,—	5434,—	Spanien	14643,—	14717,—
Christiania	16259,—	16341,—	Japan (1 Jen)	47880,—	48120,—
Kopenhagen	17306,50	17393,50	Jugoslavien	—,—	—,—
Stockholm	26034,50	26165,50	Rio de Jan. (Millr.)	9875,—	9925,—
Helsingfors	—,—	—,—	Oesterr. abgest.	—,—	—,—
Italien	4513,50	4536,50	Prag	2937,50	2952,50
London	453862,—	456138,—	Budapest	—,—	—,—
New-York	98503,—	98997,—	Bulgarien	—,—	—,—
			Poln. Mark-Noten		—,—

Die Transaktionen in der deutschen Petroleumindustrie

Der Wiederaufbau der deutschen Petroleumindustrie, der Hand in Hand geht mit einer großzügigen Umstellung auf Gewinnung und Weiterverarbeitung von Mineralölen durch Verschwelung von bituminöser Kohle nähert sich einem gewissen Abschluß. Nachdem die beiden Petroleumkonzerne der Deutschen Erdöl A.-G. und der Deutschen Petroleum A.-G. durch den Friedensschluß ihre gesamte ausländische Produktionsbasis und einen großen Teil ihrer übrigen ausländischen Interessen verloren hatten, trug man sich zunächst mit dem Gedanken, beide Unternehmungen unter Hinzuziehung holländischen Kapitals zu vereinigen. Diesbezügliche Verhandlungen haben sich jedoch sehr bald zerschlagen, beide Gesellschaften haben besonders durch enge Anlehnung an die inländische Montanindustrie versucht, sich eine neue Basis und produktionstechnische Organisation zu schaffen.

Gegen Ende des vergangenen Jahres erfolgte die Rückbildung der Deutschen Erdöl A.-G., der Trägerin der Petroleuminteressen der Diskonto-Gesellschaft zu einem selbständigen Unternehmen, das sich in der Hauptsache auf den ausgedehnten Kohlenbesitz und die wertvollen Patente der Rositzer Braunkohlenwerke A.-G. und einiger anderer Unternehmungen des Sächsisch-Thüringischen Braunkohlenbergbaues in den Oberbergdirektionen Altenburg und Borna stützte. An reinen Erdölunternehmen, allerdings von untergeordneter Bedeutung, gehören zum Konzern noch die Mineralölwerke Rietze und eine Reihe von Raffineriegesellschaften in Berlin, Hamburg, Köln usw. An Verkaufs- und Transportunternehmen sind hauptsächlich zu nennen: Die Olex A.-G. für Mineralölprodukte in Wien, mit Tochtergesellschaften in verschiedenen Teilen Deutschlands und der Deutsche Mineralölverkaufsverein, A.-G., Berlin. Durch die vor einigen Tagen erfolgte Angliederung des Steinkohlenbergwerks Gewerkschaft Graf Bismarck zu Bismarck-Gelsenkirchen ist eine gewisse Abrundung des gesamten Konzerns der Deutschen Erdöl A.-G. erfolgt.

Dei Deutsche Petroleum-A.-G., die Ende 1922 mit der Deutschen Bank fusionierte, und gleichzeitig auf veränderter Basis neu entstand, verfügt über eine Reihe Erdöl- und Erdgasunternehmungen in Holstein und Hannover, über zwei argentinische Petroleumgesellschaften und verschiedene Beteiligungen an Unternehmen der Erdöl- und Erdgasindustrie im Auslande, sowie inländische Schürfgerechtsame usw. Ihre Kohlenbasis ist zurzeit noch wesentlich kleiner als die der DEA. Sie besteht hauptsächlich in der Bayerischen Braunkohlenindustrie Schwandorf und der Bayerischen Brennstoffverwertung, G. m. b. H. Ferner gehören zum Konzern die europäische Petroleum-Union (nebst Bohrgesellschaften), die Danubia für Mineralölindustrie, A.-G. in Regensburg, die A.-G. für Tiefbautechnik und Maschinenbau vorm. Franzl u. Co., Wien, die Bohr- und Schachtbau-A.-G. in Berlin, das Cement- und Bohrwerk in Mössingen, A.-G., und wertvolle Beteiligungen an den russischen Petroleumgesellschaften des Nobel- und Rothschildkonzerns.

Als dritter großer Petroleumkonzern ist im Mai ds. Js. die Hugo Stinnes-Riebeck Montan- und Oelwerke, A.-G., entstanden, in der die Stinnesschen Oelinteressen einschließlich der Oleawerke, A.-G. in Frankfurt a. M. und die A.-G. für Petroleumindustrie in Berlin, mit den A. Riebeckschen Montanwerken in Halle zusammengefaßt sind. Gewisse Vorgänge an der Börse lassen darauf schließen, daß in der nächsten Zeit noch gewisse bedeutsame Transaktionen in der Richtung einer Annäherung des letztgenannten Konzerns an die Gruppe der Deutschen Petroleum-A.-G. erfolgen werden. Damit wäre die Kozentrationsbewegung auf diesem Gebiete finanziell und produktionstechnisch zu einem gewissen Abschluß gekommen.

Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft, deren Aktien in letzter Zeit an der Berliner Börse eine sensationelle Kurssteigerung erfuhren, beschloß in einer Sitzung, einer auf den 30. Juni d. J. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 300 000 000 M. auf 400 000 000 M. durch Ausgabe von 100 000 000 M. vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigten Aktien in Vorschlag zu bringen. Diese Aktien sollen von dem der Gesellschaft nahestehenden Bankenkonsortium zu pari übernommen werden. An der Verwertung der Aktien und dem dabei erzielten Gewinn bleibt die Gesellschaft maßgeblich beteiligt. Ein Bezugsrecht der Aktionäre ist nicht in Aussicht genommen. Auf eine Anfrage der Berliner Börsenzeitung bei der Direktion der Gesellschaft über den Zweck dieser nicht gerade gewöhnlichen Aktienemission wurde erklärt, daß nähere Auskünfte nicht gegeben werden könnten. Es hat jedoch den Anschein, als ob man durch diese Maßnahme dem Eindringen unerwünschten Einflusses auf die Gesellschaft vorbeugen wolle. Ob die Aktienaufkäufe nicht bereits zur Ansammlung von so starken Aktienpaketen in einer Hand geführt haben, daß der Beschluß des Aufsichtsrates zu Fall gebracht werden kann, steht dahin.

d. **Deutsche Gußstahl-Kugel- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Frieß u. Höpflinger in Schweinfurt.** Der Reingewinn beträgt 43,37 Millionen Mark. Es werden 100 Proz. Dividende auf die Stammaktien und 37 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilt. Die Gesellschaft beantragt ferner eine Kapitalserhöhung durch Ausgabe von 25 Millionen Mark neuer Stammaktien.

* **Kapitalserhöhungen.** Optische Maschinen-Industrie-A.-G. Braunschweig-Gliesmarode um bis 7 Mill. M. G.-V. 30. Juni in Braunschweig. — A.-G. für Federstahlindustrie, Kassel, um bis zu 16,5 Mill. M., davon 1500 Stück mehrstimmige V.-A. zu je 1000 M. und 15 000 Stück Inhaber-St.-A. zu je 1000 M., beide gewinnberechtigt für Geschäftsjahr 1923. G.-V. am 30. Juni in Kassel.

* **Wernigeröder Bank für Handel und Gewerbe, Komm.-G. a. A.** Außer den Regularien steht ein Antrag auf Kapitalserhöhung um 18,5 Mill. M. (12 Mill. Namens-, 6,5 Mill. Inhaberaktien) und auf Umwandlung der vorhandenen Inhabervorzugsaktien in Höhe von 250 000 M. in Namensvorzugsaktien auf der Tagesordnung einer zum 29. Juni einberufenen o. G.-V.

d. **Handel von Bezugsrechten.** Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Mühle Rüningen, A.-G., soll am 13., 15. und 18. Juni an der Berliner Börse zur Notiz gelangen. Das Bezugsrecht Schlesische Elektrizitäts und Gas, Lit. A. und B. wird am 15., 18. und 20. Juni notiert.

Wertpapiere.

Berlin, 13. Juni. Da die seit gestern wieder in Fluß gekommene Steigerung der Devisenpreise sich heute in stürmischem Tempo fortsetzte und der Dollarkurs als ein Zeichen des erschreckenden Verfalles der deutschen Währung bedenklich in die Höhe von 100 000 rückte, verstärkte sich an der Effektenbörse als Auswirkung der Markflucht die Kauflust des Publikums in ganz außerordentlichem Umfange. Die Börse erlebte in der Periode der Inflation und der Katastrophenhausse einen Haussetag erster Ordnung. Dies gilt sowohl von dem Ausmaß der Kurssteigerungen als von dem Umfange des Geschäftes. Schon die Feststellung der Anfangskurse verzögerte sich erheblich, noch mehr der Fall ist dies aber für Einheitskurs-Industriepapiere, wo die ungeheuer angeschwollenen Kaufaufträge des Publikums zusammenströmen. Bevorzugt als Substanzwerte sind alle diejenigen Papiere, die Rohstoffe besitzen, vor allem also Bergwerkswerte, die durchschnittlich über 100 000, Riebeck und Harpener sogar 300 000 und 330 000 Proz. stiegen. Für die anderen Industriewerte sowie Schiffahrtsaktien hielten sich die Kurserhöhungen meist unter 100 000 Proz., wobei alle bisher auf niedrigem Kursstand befindlichen Papiere ihren Kursstand verdoppelten. Bankaktien gleichfalls stark anziehend. Valutawerte und Anleihen machten die Aufwärtsbewegung mit.

Produkte.

Berlin, 13. Juni. Produktenmarkt. Bei der heutigen sprunghaften Steigerung der Devisen hielten die auswärtigen Warenbesitzer mit neuem Angebot fast ganz zurück, da die hohen Forderungen hier vorläufig nicht durchzusetzen sind. Das Geschäft war daher wieder sehr still. Immerhin vollziehen sich die wenigen Umsätze bei beträchtlich erhöhten Preisen. Dies gilt sowohl für Weizen und Roggen als auch für Mehl. In Gerste war das Material knapp, sodaß die Nachfrage nicht befriedigt wurde. Für Hafer zahlen die Verbraucher die gegenwärtig sehr hohen Preise nicht, so daß die Händler beim Einkauf an der Börse vorsichtig sind. Die Preise für Mais, Hülsenfrüchte und Futterstoffe stiegen beträchtlich.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner ab Station**

Weizen, märk. 162000—166000, steigend.
Roggen, märk., 133000—135000, schles. 130000—131000, fest.
Sommergerste märk. 115000—124000, steigend.
Hafer, märk. 102000—108000, pomm. 102000—107000, steigend.
Mais, loco Berlin —, waggonfrei Hamburg 130000—131000, geschäftslos.
Weizenmehl 420 000—480 000, feinst. höher, steigend. Roggenmehl 320 000—360000 (je 2 Ztr.), fest.
Weizenkleie 69000—70000, steigend. Roggenkleie 60000—70000, steigend.
Raps 270 000—280 000, Leinsaat 270 000—280 000, steigend.

Victoriaerbsen	170000—180000	Lupinen, gelbe	170000—195000
Kl. Speiseerbsen	140000—150000	Serradella, neue	—
Futtererbsen	105000—110000	Rapskuchen	110000—115000
Peluschken	125000—130000	Leinkuchen	165000
Ackerbohnen	110000	Trockenschnitzel, pr.	37000-39000
Wicken	135000—140000	Zuckerschnitzel	59000—60000
Lupinen, blaue	140000—150000	Torfmelasse	39000—41000

Kartoffelflocken 58000—60000.
Weizen- u. Roggenstroh 26000—28000, Haferstroh 23000—27000, bindfadengepreßt 23500—25500, gebünd. Langstroh 24000 bis 26000, Wiesenheu I. Sorte 25000—26000, II. Sorte 21000—23000.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 13. Juni.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 1 Kilo.

Elektrolytkupfer	32953,—	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.) A./S.	—
Preis des Zinkhüttenverb.	11904,54	Zinn (Banca-Straits-Austral)	90000—91000
Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	29500/30500	Hüttenz. (mind. 99%)	88000/89000
Orig.-Hütt.-Weichbl.	11500/12000	Reinnickel (98-99%)	53000/54000
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	13000/13200	Antimon (Regulus)	10000/10500
Remelt.-Platt.-Zink	10700/11000	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1890000/1910000
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gek. Blöcken) A./Sept.	—		

Berliner Börse vom 13. Juni 1923. Amtliche Kurse.

	13.6.	11.6.
Staatsanleihen		
Dollarschatzanw.	98500	82500
5% Reichsanl.	9850	92
4% Reichsanl.	2600	2100
3½% Reichsanl.	1800	900
3% Reichsanl.	1305	11000
Sparprām.-Anl.	600	510
4% Prß. Sch. (auslosb.)	90	86
4% Prß. Konsols	288	281
3½% Preuß. Konsols	205	200
3% Preuß. Konsols	410	410
4% Anhalt. Staats-Anl. 19	111	145
4% Sächs. Staats-Anl. 19	140	150
3% Sächs. Staats-Rente	170	160
4% Sächs. Prov. 5—7	89	—
Stadtanleihen		
4 Hallesche Stadtanl. 00, 05, 10	—	—
4 Hallesche Stadtanl. 19	—	—
3½ Hallesche Stadtanl. 1892	—	—
3½ Hallesche Stadtanl. 1900	—	—
3½ Magdeb. Stadtanl. 19	—	—
4 Magdeburg. Stadtanl. 1891, 06	—	—
4 Magdeburg. Stadtanl. 02	—	—
4 Magdeburg. Stadtanl. 13 1—4	—	—
3½ Magdeb. Stadtanl. 86	—	—
3½ Magdeburg. Stadtanl 91, 02	—	—
4 Magdeb. Stadtpfandb. 1	—	—
4 Merseburg 01	—	—
4 Sächs. Pfandbr. alte	—	—
4 Sächs. Pfandbr. neue	390	390
3½ Sächs. Pfandbr. alte	—	—
3 Sächs. Pfandbr. alte	300	300
Ausländische Renten		
4½% Öst. St. 14	—	49000
4% Öst. Gold	120000	180000
4% Öst. Kronen	4500	4550
Öst. konv. J./J.	3600	2500
Öst. Silber	6100	5600
Öst. Papier	4000	4250
4% Türk. Bagdad I	275000	254000
4% Türk. Bagdad II	231000	205000
4% Türk. unif.	—	—
4% Türk. Zollobl.	175000	145000
Türk. Lose	740000	600000
4% Ung. St. 13	15500	19000
4½% Ung. St. 14	—	15750
4% Ung. Goldr.	—	—
4% Ung. Kronen	—	—
Hypothekenbanken		
4 Leipz. Hypoth.-Bank F. 8, 9, 11	—	160000
4 Leipz. Hypoth.-Bank 16	—	—
4 Leipz. Hypoth.-Bank 17 unk. 32	—	200000
3½ Leipz. Hypoth.-Bank E.	—	—
4 Sächs. Bodenkred. 3	—	—
4 Sächs. Bodenkred. 4	—	150000
4 Sächs. Bodenkred. 12 unk. 24	—	—
4 Sächs. Bodenkred. 13 unk. 31	—	—
3½ Sächs. Bodenkred. 1, 2	—	110000
4 Sächs. Komm.-Obl. 1	—	—
Bahnaktien		
Elektr. Hochbahn	48000	37000
Halberst. Blankb. Eb.	300000	300000
Halle-Hettstedt	180000	130000
Schantungbahn	150000	135000
Schipkau-Finst.	150000	[illegible]

	13.6.	11.6.
Oestr. Staatsb.	1350000	1300000
2,6% Südöstr. Eb.	178000	147000
2,6% Südöstr. neue	170000	135000
4½% Anatol. I	325000	300000
4½% Anatol. II	280000	269000
3% Maced. Gold	110000	106000
5% Tehuantep	850000	750000
4½% Tehuantep	720000	680000
Schiffahrtsaktien		
Deutsch.-Austral.	850000	720000
Hamb. Paketf.	395000	306000
Hamburg-Südam.	600000	450000
Hansa	170000	140000
Kosmos	630000	500000
Nordd. Lloyd	123000	—
Roland-Linie	149000	127000
Ver. Elbschiff.	120000	97000
Bankaktien		
Bank elektr. Werte	200000	92000
Bank f. Thür.	—	—
Barmer Bankv.	21000	15500
Bayr. Vereinsbank	—	—
Berliner Handels	450000	280000
Comm. u. Privatbank	60000	41000
Darmst. u. Nationalb.	80000	52000
Dess. Landesbank	—	—
Deutsche Bank	120000	83000
Diskonto-Ges.	115000	—
Dresd. Bank	81000	49000
Hallescher Bankv.	13200	29600
Leipz. Kredit	—	20000
Mitteld. Kreditb.	38000	26500
Oesterr. Kredit	—	13750
Preuß. Bodencredit	7600	5500
Reichsbank	32000	32000
Sächs. Bank	35000	33000
Wiener Bankv.	11200	6900
Brauereien		
Engelhardt	—	77000
Schulth.-Patzenh.	—	63000
Leipz. B. Riebeck	60000	60000
Leipz. B. Riebeck VA.	—	—
Ver. Thür. Br.	—	—
Industrieaktien		
Akkumulatoren	300000	200000
Adler Portland Zement	—	65000
Adlerwerke	60000	—
A.-G. f. Anilinf.	180000	105000
Alexanderwerk	—	34900
Allg. Boden A.-G.	—	—
Allgem. Elektr.-G.	187000	111000
Amme, Giesecke	125000	66500
Ammendorf Papier	—	80000
Angl. Cont. Guano	340000	269000
Anh. Kohlenw.	325000	250000
Anh. Kohlenw. VA.	—	—
Ankerwerke A.-G.	—	—
Annaburg. Steing.	200000	—
Arenberg Bergb.	—	—
Aschaffenburger Zellst.	260000	222000
Augsb.-Nürnberg. Masch.	—	150000
Bad. Anilin	200000	110000
Baroper Walz.	—	310000
Basalt	285000	130000
Bautzner Tuchfabr.	37000	—
Jul. Berger Tiefbau	70000	48000
Bergmann Elektr.	300000	—
Berl. Anhalt. Masch.	125000	96000
Berlin Burger Eisen	—	—
Berliner Dampfmühlen	44000	40000
Berlin-Gub Hutf.	220000	200000
Berlin-Karlsruher Ind.	625000	480000
Berliner Masch.	275000	198000

	13.6.	11.6.
Berl. Spedit.-Ver.	25000	26000
Berl. Spedit.-Ver. VA.	25000	24000
Bielefelder Mech. Web.	145000	120000
Bing-Werke	73000	42500
Bismarckhütte	—	—
Bochum Guß	830000	800000
Gebr. Böhler	—	—
Borna Braunkohlen	—	—
Braunsch. Masch.	400000	300000
Braunsch. Kohlen	—	250000
Braunk. u. Br. Ind.	—	250000
Brüxer Kohlen	—	—
Buderus	350000	375000
Busch Opt.	—	—
Busch Waggon	570000	230000
Byk Guldenw.	40000	—
Calmon Asbest	—	32900
Caroline Braunk.	—	—
Cartonnagen Ind.	—	—
Charlottenhütte	—	—
Chem. F. Buckau	—	—
Chem. F. Buckau St.	100000	—
Chem. Griesheim	17000	120000
do. Heyden	220000	165000
Chemnitzer Spinnerei	105000	81000
Concordia chem. F.	—	264000
Concordia Spinnerei	330000	32500
Consolidation Schalke	—	—
Cröllw. Papier	76000	70000
Daimler	—	34000
Dessauer Gas	100000	63000
Dtsch.-Atl. Telegr.	190000	125000
Deutsch-Luxemb.	825000	700000
Deutsche Asphalt	—	75000
Dtsch. Erdöl	740000	—
Deutsche Jute-Spinn.	—	—
Deutsche Kabel	60000	39500
Deutsche Kali	400000	400000
Deutsche Masch.	140000	55000
Deutsche Post u. Eb. Verk.	50000	50000
Deutsche Schachtbau	—	—
Deutsche Wollwaren Man.	65000	54000
Dtsch. Eisenhandel	150000	190000
Dommitzsch Ton	—	100000
Donnersmarkh.	—	500000
Döhring u. Lehrmann	—	375000
Dresd. Baugef.	—	—
Dürkoppwerke	52000	70000
Dürkoppwerke VA.	180000	—
Duxer Kohlen	—	—
Dyckerhoff u. Widm.	55000	—
Dynamit Nobel	120000	75000
Egest. Salz	—	—
Eilenburg Cattun	—	—
Eintracht Braunk.	410000	325000
Eisenbahnverkehrsmittel	520000	360000
Elberfelder Farben	200000	110000
Elektr. Lief.-Ges.	—	52000
Elektr. Licht/Kraft	195000	110000
Elite-Werke	25000	20000
Erfurt. Mech. Schuh	—	28000
Ernemann W.	—	36000
Essener Steink.	1300000	910000
Etzold u. Kiessling	85000	85000
Fahlberg, List	125000	120000
Falkenstein Gard.	—	42000
Feldm. Pp. u. Zellst.	100000	59000
Felten-Guillaume	355000	280000
Flöther Masch.	—	68000
Fraustädter Zuckerf.	—	205000
Friedrichshall Kali	—	295000
Friedrichshütte	—	—
R. Frister A.-G.	—	—
R. Frister A.-G. neue	—	—
Fröbeln Zucker	135000	125000
Fuchs Waggon	42000	34000

	13.6.	11.6.
Gebhardt u. König	253000	250000
Gelsenk. Bergw.	860000	800000
Georg Marienh.	—	—
Germania Portl. C.	130000	119000
Ges. f. elektr. Untern.	320000	375000
Glauziger Zucker	260000	230000
Th. Goldschmidt	260000	205000
Görlitzer Waggon	145000	90000
C. P. Goerz	70000	54000
Gotha Waggon	—	78000
Greppiner Werke	380000	—
Gruschwitz Textil	75000	59000
Hackethal	—	39500
Hallesche Masch.	130000	90000
Hammersen u. Co.	—	85000
Hannover Immobilien	—	
Hannover Maschinenbau	675000	525000
Hannov. Waggon	—	140000
Harburg Gummi Phönix	—	50000
Harpener	1400000	800000
Hartmann Masch.	118000	89000
Hasper Eisen	—	—
Hedwigshütte	200000	—
Hildebrand Mühle	85000	82000
Hille W.	40000	30000
Hirsch Kupfer	—	460000
Höchst. Farbw.	184000	96000
Hoesch Stahlw.	700000	650000
Hoffmann Stärkefabr.	55000	58000
Hohenlohe	435000	350000
Ph. Holzmann	—	—
Horch	120000	85000
Hubertus Braunk.	—	[illegible]
Humboldt Masch.	300000	305000
Humbold Mühle	74000	65000
Hupfeld	65000	53000
C. M. Hutschenreuth	120000	—
Lorenz Hutschenr.	—	—
Ilse Bergbau	600000	440000
Jeserich Asphalt	50000	40000
Jüdel	50000	45000
„Juhag" Ind. u. H. A. G.	—	—
Gebr. Junghans	62000	—
Jülich Zucker	225000	—
Jürst u. Co. Metall	11000	—
Kahla Porz.	170000	110000
C. A. F. Kahlbaum	105000	65000
Kali Aschersl.	350000	240000
Kammerichw.	—	—
Karlsruhe Masch.	—	90000
Kasseler Federstahl	—	—
W. Kathe, Halle	—	—
Kattow. Bergw.	680000	560000
Keramag keram. W.	47500	46000
Keula Eisenhütte	120000	90000
Klöckn erwerke	—	519000
Köln Neuessen	740000	685000
Köln-Rottweiler	150000	86000
Königsborn Bergw.	—	—
Königszelt Porz.	—	—
Körbisdorf	—	—
Gebr. Körting	125000	71000
Krauß u. Co	120000	—
Krefeld Stahlw.	—	—
Kruschwitz Zucker	275000	210000
Kunz Treibriemen	50000	40000
Kupferw. Deutschl.	—	—
Kyffhäuserhütte	65000	40000
Lahmeyer	—	69000
Laurahütte	405000	367000
Leipz. Gummi	27000	238000
Lpz. Landkraft	40000	37000
Leipz. Pianos	105000	60000
Leonhard Braunk.	—	—
Leopold Grube	240000	210000
R. Ley Masch.	26000	24900
Lindenberg Stahlwaren	—	—

	13.6.	11.6.
Lingel Schuh	30000	25000
Lingner W.	—	280000
Linke-Hofmann	260000	275000
L. Loewe u. Co.	—	280000
C. Lorenz	90000	58000
Luckau u. Steffen	60000	55000
Lüneburger Wachsbl.	229000	210000
Luther Masch.	75000	58000
Magdeb. Gas	24850	24900
Magdeb. Bergw.	—	—
Magdeb. Bergw. St.-Pr.	—	—
Magdeb. Mühlen	—	112000
Mannesmann	650000	678500
Mansfelder Bergbau	248000	—
Marie kons. Bergw.	—	—
Marienh. b. Kotzenau	—	—
„Mark" Portl. Cem.	—	—
Mark.-Westf. Bergwerke	—	—
Masch.- und Kranbau	74000	56000
Maschf. Buckau	110000	108000
Maschf. Kappel	120000	[illegible]
Mauls Kakao	29000	30000
Mechan. Web. Linden	—	43000
Mech. Web. Sorau	80000	70000
Mech. Weberei Zittau	38000	40000
Meerane Kammg.	59000	51000
Meguin	—	—
Dr. Paul Meyer	36000	25500
Miag, Mühlenb. u. Ind.	42000	36500
Mimosa	50000	48000
Motorenfabrik Deutz	—	160000
Mühle Rüningen	118000	200000
Mülheimer Bergw.	1000000	—
Neckarwerke	27500	27000
Niederlauf. Kohlen	360000	310000
Nitritfabrik	66000	60000
Nordd. Gummi u. Guttapercha	39000	39000
Nordd. Steingutfabrik	210000	190000
Nordd. Wolle	330000	260000
Obschl. Eis.-Bed.	351000	300000
Obschl. Eis.-Ind.	430000	—
Obschl. Koksw.	515000	460000
Oelfabrik Groß-Gerau	—	—
Orenstein-Koppel	275000	178000
Ostdeutsche Hefewerke	30000	25000
Ostwerke	130000	82000
Phönix	750000	730000
Phönix Braunk.	350000	—
Pintsch A.-G.	466000	400000
Pittler	—	—
Plauen Gard.	39500	38000
Plauen Spitzen	70000	—
Plauen Tüll u. G.	26000	25500
Pöge Elektr.	64000	34500
Polyphonwerke	69000	56000
Porta Union Westf.	—	—
Preßo	—	54500
Preußengrube	450000	—
Rathenow Dampfm.	—	—
Rathgeb. Waggon	100000	59000
Ranchw. Walter	90000	80000
Rhein. Braunk.	595000	485000
Rhein. Chamotte	—	—
Rhein. Metall	170000	130000
Rhein-Nassau Berg.	—	—
Rheinstahl	960000	950000
Rhein. Zucker	255000	—
Rhein. Sprengst.	115000	56000
Rhenania	100000	72500
Rheydt Elektrotechn.	—	—
Riebeck Montan	1000000	920000
J. D. Riedel	170000	135000
Rockstroh W.	—	200000
Rombacher	[illegible]	300000

	13.6.	11.6.
Rosenthal Porz.	480000	340000
Rositzer Braunk.	400000	—
Rositzer Zucker	150000	150000
F. Rückforth Sprit	85500	30500
Rütgerswerke	320000	310000
Sachsenwerk	95000	60000
Sächs. Cartonn. M.	44500	40000
Sächs. Gußst. Döhlen	—	260000
Sächs. Kammgarn	—	—
Sächs. Th. Portl. C.	115000	—
Sächs. Wag. Werdau	80000	—
Sächs. Webstuhl F.	65000	60000
Saline Salzungen	160000	136000
Salzdetfurth	410000	335000
Sangerhäuser Masch.	210000	170000
Sarotti	35000	30100
Sauerbrey Masch.	100000	75000
Saxonia Cement	85000	
Schedewitz Kammg.	—	—
H. Schneidemandel	550000	330000
Schl. Zink u. Bergb.	500000	—
Hugo Schneider	390000	375000
Schönebeck Metall	—	—
Schubert u. Salzer	220000	155750
Schuckert	635000	546000
Schulz jun.	99000	84000
Schwanebeck C.	—	80000
Siegen-Solinger	400000	49000
Siemens elektr. Betr.	16000	17000
Siemens Glasind.	180000	—
Siemens-Halske	670000	625000
Sondermann u. Stier	22000	208000
Sprengst. Carbonit	220000	—
Stadtberger Hütte	—	170000
Stahl-Rölke	—	—
Staßfurt. Chem.	300000	260000
Steingutfabr. Colditz	200000	150000
Stettiner Vulkan	555000	402000
Stöhr u. Co.	600000	410000
Stolberger Zink	550000	425000
C. Tack	36000	30000
Telefon Berliner	78000	64000
Terra Samen	—	—
Thale Eisen	—	—
Thür. Bleiweiß	—	85000
Thür. Elektr. u. Gas	20000	17900
Thür. Saline	—	130000
Leonh. Tietz	23500	17000
Tittel u. Krüger	—	100000
Triptis A.-G.	150000	100000
Tüll Flöha	110000	100000
Ver. Dtsch. Petrol.	—	—
Ver. Gothania	75000	80000
B. Harzer Portl. C.	—	30750
Ver. Lausitzer Glasw.	110000	86000
B. Schuhf. Bern. W.	310000	—
Ver. Stahlw. v. d. Z.	—	200000
Ver. Thür. Metall	—	170000
Vogel Telegr.	55000	40800
Vogtl. Masch.	—	35000
Vogtl. Tüll	82000	30000
Wanderer	165000	180000
Wegelin-Hübner	40000	36000
Wernshausen Kammg.	70000	64000
Wernsh. K. VA.	—	—
Werschen-Weißenfels	—	—
Weser Schiffsb.	120000	—
Westeregeln	—	840000
H. Wißner Metall	210000	150000
R. Wolff	200000	150000
Wotan-Werk	—	—
Wrede Malz	—	—
Zeitzer Masch.	400000	300000
Zellstoff Waldhof	150000	100000
Zimmermann	35000	—
Zwickauer Maschinen	50000	42500

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306132-10/fragment/page=0005

Für die vielen Beweise der Liebe, Verehrung und Anhänglichkeit für unseren teuren Entschlafenen und für die uns erwiesene warme, wohltuende Teilnahme durch Wort, Chorgesang und Kranzspenden sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus. Wir danken insbesondere allen unsern treuen Beamten, Aufsehern, Geschirrführern und Grubenarbeitern sowie den landwirtschaftlichen und Garten-Arbeitern und Arbeiterinnen herzlich.

Familie Pirl.

Beidersee, den 13. Juni 1923.

Sängerbund an der Saale, gegr. 1846.
Mitglied des Deutschen Sängerbundes.
Aus Anlaß des Bundesfestes
Sonnabend, den 16. Juni, abends 6 Uhr in der Marktkirche
Kirchenkonzert, Chöre und Solovorträge.
Leitung: Bundes-Chormeister Hermann Schulze.
Mitwirkende: Frau Else Pfeiffer-Hegel, Leipzig, Sopran; Konzertsänger Werner Lau, Bariton; Konzertmeister Max Knoch, Violine; Stadtcantor Rebling, Orgel; Hilles-Lau-Quartett.
Kartenvorverkauf bei Hothan und im Zigarrengeschäft Otto Iffland, große Steinstraße 9.
Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr und abends 7 Uhr in der Saalschloßbrauerei
zwei Festkonzerte,
Männer- u. gemischte Chöre des Bundes, der auswärtigen u. hiesigen Gaue u. einzelner Vereine.
Kartenverkauf an der Kasse.

Borkum Nordseebad Hauptkursaison 1./6.—30./9.
Familienbad, Licht- und Luftbad, warme und kalte Seebäder, Wandelhalle.
Jede weitere Auskunft gibt der „Borkumer Wohnungs-Anzeiger" mit Inseplan und Pensions- und Wohnungspreisen. Nr. 3 erscheint Mitte Juni, Nr. 4 15. Juli, Nr. 5 Anfang August. Preis 600 Mk. pro Ausgabe inkl. Porto. Postscheck-Konto: Hannover 8896 (W. Speckt-Borkum).

Hotel Fürst Otto v. Bismarck
Bad Sachsa.
Haus allerersten Ranges, in herrlichster Lage des Bades gegenüber dem Kurpark am Schmelzteich gelegen. Zentralheizung. Elektr. Licht. Täglich Kunstkonzert. Normuns. Diele. 5-Uhr-Tee. Tel. 21. Bel: Bernard J. Albert.

Thale am Harz.
Hotel Waldkater
G. m. b. H.
Hans L. Ranges. Spezialität: Forellen. Schönste und wildromantischste Lage, direkt im Bodetale. Vorzügl. Küche. Gutgepflegte Weine. Mäßige Preise. 60 Zimmer. Hotelomnibus am Bahnhof.
Fernruf 8. G. Löbenck.

Hotel Kurhaus
Groß-Tabarz.
Haus I. Ranges. Direkt am Hochwald.
Eigene Konditorei. Autogarage. Bad im Hause.
Fernsprecher 129. Besitzer: Louis Kunze.

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen
Kinder-Bettstellen.
Weitgehendste Zahlungserleichterungen.
Bruno Paris, Halle,
jetzt Leipziger Str. 12.

Ich gebe äußerst preiswert ab:
Verzinkte Eimer, 28, 30, 32 cm,
Emaille-Eimer, grau, 28 cm,
Stalleimer, 32 cm,
Bunte und weiße Leuchter,
Einige tausend Stück Rasierklingen,
5000 Stück Fliegenklappen.
Richard Strobel, Halle a. S.,
Alte Promenade 12. Telephon 3078.
Haus- und Küchengeräte en gros.

Französische Gobelins
(Handarbeit)
Perser-Teppiche, Brücken, Kelims
(auch defekte) zum höchsten Kurs gegen Kasse zu kaufen gesucht. Eliott, erb.
Richard Fritz, Halle, „Hotel zur goldenen Kugel".

Meine Wissenschaft, Spez.: Chron. Leiden u. das pharmazeutische Gebiet erübrigen alle Badereisen.
Meine Kuren heilen bei Ausdauer:
Syphilis, Krebs, Gicht, Wassersucht usw.
Homöopath — Volkshellkundiger
G. H. Jentzsch, Annenstr. 3.

Friedrichroda (Thüringer Wald).
Beliebter Sommer- und Winterluftkurort.
Prosp. gegen Porto Städt. Kurverwaltung.

GOLD-, Silber-, Platin- (Bruch), alte Zahngebisse, Brennstifte
kauft ständig zu reellen Preisen
Bölbergasse 4, I.
Fr. Backhausen.

Kernledertreibriemen
jede gangbare Breite sofort lieferbar.
Rob. Schmeisser, Halle (Saale),
Gr. Märkerstraße 5. Fernruf 6512.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, alte Zahngebisse
usw. kauft laufend
Marx, Talamtstraße 7, I (Markt).
Fernsprecher 5843.

Die schönsten Handarbeiten
nach den vorzüglichen Anleitungen und herrlichen Mustern von
Beyer's Handarbeitsbücher
Kreuzstich, 2 Bände
Ausschnitt-Stickerei, 2 Bände
Strick-Arbeiten, 2 Bände / Klöppeln, 2 Bände
Weißstickerei / Sonnenspitzen / Kunst-Stricken
Hohlsaum und Feinendurchbruch / Das Flickbuch
Häkel-Arbeiten, 4 Bände / Schiffchen-Arbeiten
Buntstickerei, 2 Bde. / Hardanger-Stickerei
Buch der Puppenkleidung

Kostenloses Verzeichnis umsonst!
Über 60 verschiedene Bände!
Überall zu haben oder vom
Verlag Otto Beyer, Leipzig-T.
Postscheck-Konto 52279
Verkauf der Beyer-Schnitte:
M. Schneider, Halle-Saale, Leipziger Str. 94

Gold-, Silber-, Platin- (Bruch), alte Zahngebisse kauft
Abramowitz, Schmeerstr. 14 I.

«UFA»

Riesen-Erfolg!!
des Cserépy-Film der Ufa
Fridericus Rex
Regie: Arzen von Cserépy.
1. Teil: Sturm und Drang
2. Teil: Vater und Sohn 3. Woche UT
Vorführung: 3.00, 5.40, 8.20 Leipzigerstraße 88
Donnerstag unwiderruflich letzter Tag!
3. Teil: Sanssouci
4. Teil: Schicksalswende 2. Woche UT
Vorführung: 3.00, 5.40, 8.30. Alte Promenade.

W.T **Walhalla-Lichtsp.-Theater**
3. und letzter Teil des italienischen Großfilms
Durch Kerker und Paläste!
„Stürzende Mächte!"
In der Hauptrolle:
Luciano Albertini.
„Dienstmädchen wider Willen."
Amerikanisches Lustspiel in 5 Akten.
«UFA»

Anna Theuring,
nur Gr. Wallstraße 42,
Telephon 4263,
zahlt für

Lumpen ohne Sackzeug und Pantoffeln	kg	1500—
Bücher und Zeitungen	kg	650—
Altpapier	kg	420—
Knochen	kg	330—
reinwollene Strumpfabfälle	kg	7000—

Ferner kaufe ich alle Sorten Felle, Flaschen, Alt-Eisen, Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
zu den bekannten hohen Preisen.
Kostenlose Abholungen.
Man achte genau auf Strasse und Hausnummer.

Sofort ab Lager lieferbar:
Ackerschleppen, Pflüge, Kultivatoren, Acker- u. Saateggen, Ackerwalzen, Düngerstreuer, Drillmaschinen, Motorpflüge, Schrotmühlen, Zentrifugen, Butterfässer, Kartoffelerntemaschinen, Kartoffelsortiermaschinen, Häckselmaschinen, Dreschmaschinen, Lokomobilen, Strohpressen, sowie alle landwirtsch. Maschinen und Geräte.
Bindegarne, Hart- u. Weichfaser, Oele, Strohpressendraht, Drahtgeflecht und alle sonstigen Artikel für Haus und Hof.
Besondere Molkerei-Abteilung. — Reichhaltiges Ersatzteillager für alle landwirtsch. Maschinen.
Reparaturwerkstatt. — Geübte Monteure jederzeit zur Verfügung
Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen
Central-Ankaufstelle
für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
Halle/Saale, Merseburgerstr. 17/19. Tel. 7881.
Zweigstellen: Beetzendorf, Bahnhofstraße 5. Tel. 13. — Erfurt, Andreasstr. 35/36, Tel. 4218. — Halberstadt, Königstr. 35, Tel. 192. — Neuhaldensleben, Bahnhofstr. 25, Tel. 362. — Nordhausen, Kasselerstraße 30 c, Tel. 1373. — Stendal, Brüderstraße 30, Tel. 493. — Torgau, Feldstr. 16, Tel. 42. — Zeitz, Altenburgerstr. 51-52, Tel. 1095. — Zerbst, Bahnhofstr. 90, Tel. 408.
Verkaufsstelle: Liebertwolkwitz (Bez. Leipzig), Leipzigerstr. 11, Tel. 44

Kaolinfeld
gegen bar zu kaufen gesucht, mögl. im Betrieb. Bedingung ist bestes Material, günst. Betriebs-Verhältnisse. Evtl. auch Beteiligung mit einigen hundert Millionen an Kaoliwerk im Betriebe gesucht. Angeb. mit genauer Beschreibung unt. **H. C. 7826** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Kartoffeln
Oelsaaten, sowie sämtl. Landesprodukte kauft jedes Quantum und erbittet Angebote
H. Bernstein, Halle-Trotha, Fernruf 1972.

Stadt-Theater
Donnerstag abd. 7½ Konzert der Robert Franz-Sing-Akademie.
Freitag: Madame Butterfly.

Zoo.
Donnerstag, 14. Juni, abends 6 Uhr
Konzert.

Erdener Treppchen
Wein-Cabarett.
Neues Programm
Heute, Mittwoch
Ball.

Künstliche
Höhensonne
gegen
Haarausfall
Zahlreiche Erfolge.
Segner & Langrock
Gr. Ulrichstr. 6-8 I
Fernruf 3940
im Hause W. F. Wollmer.

Sportgeübter Oberprimaner gibt gern Nachhilfeunterricht während der gr. Ferien in allen Fächern gegen gute volle Verpflegung. Gutshaushalt od. Bauernfamilie bevorzugt. Offert. unt. Z. 3345 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80
Antike Möbel

P. Gellert & Co.,
Steinwarenfabrik,
Ludwig Wuchererstraße 37.
Marmorkies
einzeln u. in Fuhren.
Grabdenkmäler,
Marmor-
Waschtischen,
Schaltplatten.

H. Schnee Nachf., Gr. Ma[illegible] straße 5
Erstes Spezialgeschäft für gute Strumpfwaren und Trikotagen.

Strümpfe, neu und anfrisiert
Winterstein, Clearinstraße 1.

Speisezimmer
Schlafzimmer
in echt Eiche u. gestrichen
komplette Küchen,
lackiert, weiß und grau
preiswert sehr preiswert
Max Jungblut
Albrechtstraße 37.

Möbel, Wäsche, Garderoben
Bandscheine.
Schubkarren usw.
kauft zu hohen Preisen
Rich. Ronna,
Fleischerstr. 40 (Laden)

Asthma
kann in etwa 14 Wochen geheilt werden. Sprechstund. [illegible] nach meinem Verfahren fachlich geübt. Arzt in Halle a. S., Engelsburgstraße 60 II., jed. Donnerstag v. 10—1 Uhr Dr. med. **Ziegelroth,** Spezialarzt für Asthmaleiden (früher Dr. Alberts).

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstige Besorgungen nur bei den Inserenten der „Hallischen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Halle und Umgebung

Halle, 13. Juni.

Die kommenden Stadtverordnetenwahlen

Die Deutschnationalen für die Einheitsliste.

Die kommenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Halle bewegen mehr denn je die Gemüter. Bereits vor einem Jahr bestand die Hoffnung, daß es zu den Wahlen kommen würde, doch diese Hoffnung war eitel. In diesem Jahr kann man aber mit Gewißheit damit rechnen, daß wir zur Urne schreiten werden, da das Notgesetz die Wahlen bis zum November vorsieht. Es wird aber auch tatsächlich Zeit, daß die Wahlen nun endlich kommen, denn die Stadtverordnetenversammlung, die 1919 gewählt wurde, paßt in ihrer Zusammenstellung nicht mehr für heute. Die Stärkeverhältnisse der einzelnen Parteien sind doch seitdem erheblich andere geworden.

Vor einem Jahr bereits also, als es, wie gesagt, zu Wahlen zu kommen schien, erhob sich die Frage, ob man eigene Listen oder aber eine gemeinsame bürgerliche Liste aufstellen sollte und entschied sich für die Einheitsliste, obwohl die Deutsche Volkspartei erklärte, gesondert vorgehen zu wollen. Damit schien vor einem Jahr die Sache erledigt. Dann kam das Notgesetz und nun griff der Bürgerverein ein. Anfang Mai fand eine Versammlung von Vertretern größerer wirtschaftlicher und sonstiger Oganisationen statt und es wurde fast einstimmig dem Wunsche Ausdruck gegeben, eine bürgerliche Einheitsliste aufzustellen. In dieser Versammlung waren die politischen Parteien nicht zugegen. Es wurde deshalb ein offizielles Schreiben an die politischen Parteien abgefaßt, wie sie sich zur Einheitsliste stellten. Die Deutsche Volkspartei lehnte die Einheitsliste wieder ab, die Deutschnationale Volkspartei dagegen hielt nach wie vor an der Einheitsliste fest, um den Interessen des Gesamtbürgertums zu nützen. Die Demokraten verlangten eine rein wirtschaftliche Liste, die Stellung des Zentrums blieb zweifelhaft.

Nun hat am Montag abend eine Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei stattgefunden, wo ausgerechnet ein Redner aus Lübeck, der mit den hallischen Verhältnissen ja garnicht vertraut sein kann, die Lauen, und deren gibt es viele, noch einmal gegen die Einheitsliste aufrufen sollte und es kam ja dann auch dahin, daß man „fast einstimmig" beschloß, eine eigene Liste aufzustellen.

Dieser Beschluß ist eine Gefährdung der bürgerlichen Gesamtheit, denn man muß bedenken, daß wir heute nach einem anderen Wahlrecht als 1919 zu wählen haben, daß vor allen Dingen eine **Listenverbindung nicht mehr möglich ist.** Wollte nun jede Partei und jede Organisation der Bürgerlichen eine eigene Liste aufstellen, so hätten wir zumindest mit 8—10 Listen zu rechnen. Um nun einen Stadtverordneten zu wählen sind, sagen wir einmal 3000 Stimmen nötig. Jede Liste, auf die weniger als 3000 Stimmen fallen, erledigt sich. Erhält eine Liste 5999 Stimmen, die andere 6001, so erhält die erstere nur ein, die andere dagegen zwei Mandate. Es wird also eine katastrophale Stimmverschwendung getrieben und das Ende vom Liede wird sein, daß sich von 10 Listen 5 Mandate ohne Weiteres erledigen, und daß eine sozialistische Mehrheit ins Stadtparlament einziehen kann. Doch damit nicht genug. Eine sozialistische Mehrheit wird auch unsere gegenwärtige Magistratsordnung umstoßen, und zur Bürgermeistereiverfassung übergehen und damit ist **Halle rettungslos der Mehrheit von Links ausgeliefert,** die Bürgerschaft begibt sich jeglichen Einflusses.

Diese Erwägungen, die so einleuchtend wie möglich sind, haben die Deutschnationalen zur Einheitsliste geführt, sie müßten auch dem gesamten Bürgertum die Augen öffnen, damit es sich fest zusammenschließt, um Halle und sich selbst vor der sozialistischen Wirtschaft zu bewahren. Wenn sich jetzt die Deutsche Volkspartei aus den Reihen des Bürgertums herausstellt und über egoistischen Parteiinteressen das Wohl des Ganzen vernachlässigt, so haben sämtliche anderen Parteien, Organisationen und Verbände doch die Pflicht, im Interesse des Bürgertums an einer bürgerlichen Gemeinschaftsliste festzuhalten. Die Deutschnationale Volkspartei hält es für unbedingt nötig, daß diese Gemeinschaftsliste kommt, um das Bürgertum vor der sozialistischen Herrschaft zu bewahren.

Neue Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Nach einem am 12. Juni gefällten Schiedsspruch werden die Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ab 15. Juni um durchschnittlich 13 000 Mark erhöht. Die Erhöhung beträgt für die Reviere Forst und Oberlausitz sowie für die Gewerkschaft Gustav 92 Proz. und für die übrigen Randreviere 90 Proz. hiervon. In die genannte Erhöhung ist eine Erhöhung der sozialen Zulagen einbegriffen, die prozentual genau so erfolgt wie die der Löhne.

Freigabe von Dachgeschoßwohnungen

Durch mehrere Bundeserlasse vom Jahre 1918 hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Wohnungsnot der Freigabe bisher verbotener Dachgeschoßwohnungen zugestimmt und die Frist für die baupolizeiliche Genehmigung auf höchstens 5 Jahre festgesetzt. Die Räumungsfrist der ersten zugelassenen Dachgeschoßwohnungen würde also in diesem Jahre ablaufen. Da hieran bei der sich immer mehr verschärfenden Wohnungsnot noch nicht zu denken ist, soll die Räumungsfrist gemäß einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt vom 5. März 1923 überall angemessen, nicht jedoch über 15 Jahre hinaus, verlängert werden. Gleichzeitig erklärt sich der Minister damit einverstanden, daß jetzt noch Dachgeschosse über das baupolizeilich zulässige Maß hinaus zu Wohnungen eingerichtet werden. Als Benutzungsdauer für derartige Wohnungen wird eine Frist von 20 Jahren als angemessen erachtet; doch kann in der zweiten Hälfte dieser Frist nachträglich eine Benutzungsdauer von weiteren fünf Jahren in Fällen zugelassen werden, in denen der Bauherr nachweist, daß die Herrichtungskosten, einschließlich der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten so hoch sind, daß sie innerhalb von 20 Jahren durch Mietseinnahmen und Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln nicht getilgt werden können. Eine Verewigung des Zustandes durch Fortfall jener Befristung darf allerdings nicht zugelassen werden.

In Wohngebäuden, die nach den Vorschriften für Mittelhäuser gebaut sind oder gebaut werden und bereits drei Vollgeschosse aufweisen, darf das Dachgeschoß zu ein bis zwei weiteren Wohnungen ausgebaut werden, und zwar als Dauerzustand, wenn in dem fraglichen Gemeindegebiet eine mehr als dreigeschossige Bauweise nach der Bauordnung bereits zulässig ist, und als vorübergehende Einrichtung nach Maßgabe dieses Erlasses, wenn in dem fraglichen Gemeindegebiet nur eine höchstens zweigeschossige Bauweise durch die Bauordnung gestattet ist.

— **Personalnachrichten.** Im Bereiche des preußischen Finanzministeriums ist der Regierungs- und Baurat Kühlow von der Bauausführung Mirsoll zur Bauausführung Halle versetzt.

— **Preistreiberei.** Von den bei der Wucherstelle des Polizeipräsidiums im Monat Mai bearbeiteten Anzeigen wegen Preistreiberei, Schleichhandels, Zurückhaltung von Waren usw. sind 23 an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung abgegeben worden. Wegen Vergehens gegen die Preisschilderverordnung mußte gegen 15 Geschäftsinhaber vorgegangen werden. Gerichtlich verurteilt wurden im Mai 17 Personen.

— **Feuer.** Gestern vormittag gegen 6 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Hordorferstraße gerufen, wo in der Metallgießerei von Haaßengier ein Eisenbahnwagen, der mit Steinkohlen usw. beladen war, scheinbar durch Selbstentzündung Feuer gefangen hatte. Der Wagen wurde durch die Feuerwehr vor allem aus der Nähe der leicht brennbaren Gebäude entfernt und die im Innern des Wagens brennenden Säcke wurden herausgerissen und abgelöscht. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. — Gestern mittag gegen ½2 Uhr wurde ein in dem Hause Dieskauerstraße 18 arbeitender Mann durch das Geräusch von zerspringenden Fensterscheiben und durch herausdringenden Rauch darauf aufmerksam, daß in dem Seitengebäude des Hauses im 2. Stockwerk ein Feuer ausgebrochen sein mußte. Da die Wohnung verschlossen war, drang ein Trupp der sofort alarmierten Feuerwehr über die Ausschiebeleiter vom Hof aus nach Einschlagen der Scheiben in die Küche ein, während ein anderer Trupp von der Treppe aus die Wohnungstür zu öffnen versuchte. Die in die Küche eingedrungenen Beamten wurden durch den ungeheuer starken, kohlenoxydhaltigen Qualm sofort betäubt und mußten an das Fenster flüchten, um überhaupt noch atmen zu können; inzwischen gelang es, die Tür einzuschlagen und ihnen dadurch Hilfe zu bringen. Der zunächst vorgenommene Rauchschutzapparat konnte nach dem Oeffnen aller Fenster zurückgenommen werden, das Feuer, das Möbel, Kleider, Tapeten und Wäsche erfaßt hatte, wurde nunmehr schnell unterdrückt. Nur der sofortigen Alarmierung der Feuerwehr und derem schnellen Eingreifen ist es zu verdanken, daß ein Teil der Wohnung noch gerettet wurde und die übrigen Hausbewohner durch Uebergreifen des Feuers auf das Treppenhaus nicht in größte Gefahr kamen. Ueber die Entstehungsursache werden zurzeit noch durch die Kriminalpolizei Ermittelungen angestellt.

— **Türklinkendiebe.** Seit einigen Tagen treiben unsaubere Elemente ihr Unwesen, indem sie am hellen Tage die Türklinken an den Häusern abschrauben und mitnehmen. So sind in diesen Tagen die Türklinken an verschiedenen Häusern in der Forsterstraße und an der Alten Promenade gestohlen worden.

— **Ueberfall.** Am 10. Juni abends 7¼ Uhr wurde der Administrator des Versuchsgutes der Universität, Abteilung Domäne Lettin, auf der Fahrt von Halle nach Lettin in der Nähe der Heide von einer angetrunkenen Horde Brauereiarbeitern angefallen. Die betrunkenen Arbeiter, die sonst über Hungerlöhne schreien, sprangen den Pferden in die Zügel und griffen die Insassen des Wagens, darunter Frauen, unter den schlimmsten Schimpfworten tätlich an. Einer Dame wurde dabei der Hut geraubt.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung den Haushaltsplan für 1923 zugestellt und beantragt:

1. die Voranschläge für die Stiftungen zu genehmigen und den Stadthaushaltsplan in Einnahme auf 44 783 868 000 M. und in Ausgabe auf 46 583 868 000 M. festzusetzen;
2. zur Deckung des Steuerbedarfs die Erhebung folgender direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1923 zu beschließen:
   a) eine Gemeindegrundsteuer von 35 ‰ des gemeinen Wertes der bebauten und diesen steuerlich gleichstehenden Grundstücke und 70 ‰ des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke gemäß §§ 2 und 3 der Grundsteuerordnung = 22 600 % des Ertrages der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer;
   b) eine Gewerbesteuer in Höhe von insgesamt 6125 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, und zwar:
      1. als Lohnsummensteuer 1 % der im Laufe des Steuerjahres zur Zahlung gelangenden Gehälter und Löhne gemäß § 9 der Steuerordnung und
      2. als Ertragssteuer 375 % der sich aus der Steuerordnung (§ 2) ergebenden Steuersätze = 1125 % der staatlich veranlagten Gewerbesteuer;
   c) 1900 % Gemeindezuschlag zur staatlich veranlagten Betriebssteuer;
3. weiter zu beschließen, daß dem Ausgleichsfonds ein Betrag von 24 Millionen Mark zur Verstärkung des Betriebsfonds der Stadthauptkasse entnommen wird.

In der Begründung heißt es u. a.: „Das letzte halbe Jahr hat uns so daran gewöhnt, mit sehr großen Zahlen zu rechnen, daß wir kaum überrascht darüber sind, daß der Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 1923 in der Ausgabe mit mehr als 46 Milliarden Mark abschließt und damit nahezu das Hundertfache der Abschlußzahl des vorjährigen Etats erreicht. Und doch bringen uns solche Vergleichszahlen das rasende Tempo des Niederganges unserer Wirtschaft mit brutaler Klarheit zum Bewußtsein, zumal, wenn wir uns erinnern, daß die Abschlußzahlen des städtischen Haushaltsplanes von 1921 auf 1922 nur um das 2½fache gestiegen waren. Dabei sind die Zahlen des Etats, wie er jetzt vorliegt, inzwischen schon wieder weit überholt, denn sie sind nach dem Stande von Anfang April d. J. errechnet. Führt man die Milliardenziffern auf ihren wirklichen Wert zurück, teilt sie also, der Geldentwertung zu Anfang April ungefähr entsprechend, durch 5000, so schrumpfen die 46,3 Milliarden auf 9,3 Millionen Mark zusammen, eine gewiß bescheidene Summe gegenüber den 14 Millionen Mark, mit denen der Etat des letzten Friedensjahres 1914 abschloß, der noch dazu noch nicht beschwert war mit den gewaltigen Lasten, die die Nachkriegszeit zu den früheren auf die Schultern der Städte gelegt hat. Die Bezahlung der vieltausendfachen Ausgaben mit vieltausendfach entwertetem Gelde wäre kein schwieriges Problem, wenn wir über ebenso vieltausendfache Einnahmen verfügten. Aber die deutsche Volkswirtschaft, durch den sogenannten Friedensvertrag ihrer wertvollsten Grundlagen beraubt und in ihren weltwirtschaftlichen Funktionen gelähmt, kann weder dem einzelnen noch den öffentlichen Verbänden die gleichen Mittel zur Verfügung stellen, wie vor dem Kriege. Das zwingt aber, neben möglichst großer Steigerung der Produktion, zu unerhörten Einschränkungen im Verbrauch dort wie hier, verbunden mit äußerster Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltungsorganisation, — Maßnahmen, die ja auch unserer Verwaltung nicht fremd, aber bei weitem noch nicht erschöpft sind. Denn wir haben in der Tat nur die Wahl zwischen weiterer rücksichtsloser Einschränkung auf allen Gebieten und dem nackten Bankerott, der endlosen Schuldknechtschaft unter der Fuchtel unserer Gläubiger jenseits der Grenze. Wohl haben wir in unserer Verwaltung bereits sehr fühlbare Ersparnisse erzielt; würde doch allein die Besoldung der 750 Hilfsangestellten, deren Entlassung uns die Einsicht der Beamtenschaft ermöglichte, den Etat jetzt mit mindestens 1¾ Milliarden Mark belasten! Aber wir werden, so hart es uns ankommen mag, noch so manchen Zweig der städtischen Verwaltung, wenn nicht beseitigen, so doch stark beschneiden müssen, und dabei selbst vor Kulturaufgaben nicht halt machen dürfen. Wird man aber das Bestehende nicht überall erhalten können, so wird man erst recht nicht daran denken können, sich mit neuen kostspieligen Einrichtungen zu belasten. für die nicht einmal in den besten Friedenszeiten Geld zur Verfügung stand, wie z. B. die Einführung der allgemeinen Lernmittelfreiheit; hat doch selbst das Reich, das verfassungsmäßig hier in erster Linie als Lastenträger in Frage käme, sich erst vor kurzem zur Uebernahme dieser Last außerstande erklärt.

Wie sich die maßlose Geldentwertung in den Einzeletats darstellt, möge man aus folgenden Beispielen ersehen: Für Beamten- und Angestelltengehälter sieht das Kapitel A rund 4½ Milliarden, für Löhne das Kapitel DI etwa die gleiche Summe vor. Für die Polizeiverwaltung ist der gleiche Betrag — rund 1 Milliarde Mark — bereitgestellt worden, der erforderlich gewesen wäre, wenn die Polizei nicht verstaatlicht worden wäre.

In der Reihe der Betriebsetats interessieren die städtischen Landwirtschaftsbetriebe mit einem Ueberschuß von 32½ Millionen Mark, die Badeanstalten mit einem Zuschuß von fast 88 Millionen Mark, die trotz aller Angriffe unentbehrliche Straßenreinigung mit rund 441 Millionen Mark Zuschuß, wovon allein 62¾ Millionen Mark auf die Straßenbesprengung entfallen, und die Friedhofsverwaltung, die erfreulicherweise den anzustrebenden Zustand eines ausgeglichenen Etats annähernd erreicht hat. Zu den Einrichtungen, die bei fortschreitender Not zuerst sich weitere Einschränkungen werden gefallen lassen müssen, gehört die Gartenverwaltung, die trotz starken Abbaues noch immer rund 280 Millionen Mark Zuschuß erfordert. Nicht minder schmerzlich berührt der Zuschuß von rund 520 Millionen Mark, den die Feuerwehr verursacht. Beim Leihamt (Zuschuß 19 Millionen Mark) wird unabhängig vom Etat zu untersuchen sein, ob sein Betrieb angesichts des neuerlichen umfassenden Ausbaues der sozialen Unterstützungseinrichtungen noch notwendig ist, und ob seine umfangreichen Baulichkeiten der Allgemeinheit nicht besser dienen würden, wenn sie teils zu Wohnungen, teils zu städtischen Büroräumen umgewandelt werden würden, an denen eine kaum noch erträgliche Knappheit besteht.

Volks-, Mittel- und höhere Schulen belasten den Etat zusammen mit mehr als 2½ Milliarden Mark, das ist mehr als der vierte Teil der gesamten Steuereinnahmen. Die Volksschulen sind an dem Gesamtzuschuß mit etwa 1¼ Milliarde Mark beteiligt, wobei zur Klarstellung hervorgehoben werden muß, daß hier und bei den Mittelschulen im Gegensatz zu dem Etat der höheren Schulen die Lehrergehälter nicht mit ihren vollen Beträgen, sondern, mit Rücksicht auf die Art der Kostenverrechnung mit dem Staat, vermindert um die Gehaltszuschüsse des Reiches, also nur mit etwa einem Viertel ihrer Beiträge, erscheinen. Der Etat der höheren Schulen erscheint daher im Verhältnis zu den Volksschulen wesentlich höher belastet, als es tatsächlich der Fall ist. Im erfrischenden Gegensatz zu den Schulen sind wir bei den öffentlichen Bildungsanstalten von den früheren schweren Sorgen um die Möglichkeit ihrer Erhaltung befreit. Beim Stadttheater wird der Zuschuß von rund 184 Millionen Mark im wesentlichen durch die inzwischen auch für das Theaterpersonal gewährten Gehaltszuschüsse des Reiches ausgeglichen. Das Museum verlangt, bescheidener als je, nur 13 Millionen Mark Zuschuß, und der Zoologische Garten hat es durch geschickte Geschäftsführung und vorbildliche zoologische Leistungen verstanden, seinen Etat mit dem für heutige Verhältnisse verschwindend kleinen Zuschuß von 19½ Millionen Mark (nur dem 10fachen des Vorjahres) abzuschließen und damit auch die letzte Stimme, die seine Schließung begehrte, verstummen zu machen.

Um so größere Opfer fordert die Wohlfahrtspflege, wo das Armen- und Fürsorgewesen zusammen mit dem Alters- und Pflegeheim mehr als 1¼ Milliarde Mark Zuschuß erfordert, worin allerdings auch die städtischen Zuschüsse zum Riebeckstift und zum Hospital mit rund 185 Millionen Mark enthalten sind; das Jugendamt braucht rund ¾ Milliarden Mark Zuschuß, die Bethcke-Lehmann-Stiftung rund 69 Millionen Mark.

Einen schlagenden Beweis für die rücksichtslose und unberechtigte Belastung der Städte durch das Reich erbringt das Kapitel H III, das die Liederung der Kriegsfolgen behandelt (Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozialrentner, Kleinrentner und Plünderungsgeschädigte). Hier wälzt das Reich eine Last von nicht weniger als 411 Millionen Mark auf die Schultern der Stadt. In die gleiche Kategorie der Ausnutzung der Städte durch das Reich und den Staat fallen auch die Aufwendungen für das Arbeitsamt, das Wohnungsamt und das Mieteinigungsamt, die zusammen rund 392 Millionen Mark Zuschuß erfordern, das sind mit den 411 Millionen Mark des Kapitels H III mehr als 800 Millionen Mark! Die verschiedenen Zweige des Gesundheitswesens bedürfen eines Zuschusses von rund 342 Millionen Mark, wovon das Krankenhaus den Hauptanteil trägt.

Zur Deckung der in den Einzeletats verbliebenen Fehlbeträge haben zunächst das Gaswerk und das Elektrizitätswerk mit ihren Ueberschüssen beizutragen. Diese erscheinen mit 220 und 400 Millionen Mark. Hierzu treten noch die in die Form einer Konzessionsgabe gekleideten Rückvergütungen der Werke an die Stadt, die im Kapitel L III verbucht sind und beim Gaswerk 1 201 777 000 M., beim Elektrizitätswerk 191 194 000 M. und beim Wasserwerk 30 200 000 M. ausmachen. Die städtischen Bergwerke endlich vertrösten uns auf eine bessere Zukunft und begründen den geringen Ueberschuß von 5 Millionen Mark mit der Notwendigkeit, in diesem Jahre die Einrichtungen zum Abschluß zu bringen, die nötig sind, um die Werke wirklich zeitgemäß und rentabel zu gestalten. — Nach Abzug der Leistungen der Werke bleibt noch ein Fehlbetrag von 11 716 672 000 M. zu decken. Wie schon die Ziffer 1 unseres Antrages zeigt, ist es uns in diesem Jahre zum erstenmal nicht möglich, die volle Deckung zu schaffen. Es bleibt ein ungedeckter Fehlbetrag von 1,8 Milliarden Mark übrig.

Nur sehr schweren Herzens und mit dem drückenden Bewußtsein, damit zum ersten Male von dem Wege einer untadeligen und sicher gegründeten Finanzwirtschaft abzuweichen, haben wir uns unter dem Zwange nicht mehr zu meisternder Verhältnisse entschlossen, den Defizitetat vorzulegen. Unsere einzige Rechtfertigung liegt in der Tatsache, daß wir in Höhe des Defizits eine wohlbegründete Forderung an das Reich zu haben glauben, und daß die Reichsregierung diese Forderung anerkannt hat, indem sie dem Reichstage das Finanzausgleichsgesetz vorlegte, das wesentliche Erhöhungen der Leistungen des Reiches an die Gemeinden, vor allem im Bereiche der Umsatzsteuer, vorsieht. Ob die Forderung der Gemeinden erfüllt wird, hängt von der Entscheidung des Reichstages ab. Seine Verantwortung ist schwer, denn er wird mit seinem Spruche darüber zu entscheiden haben, ob die Gemeinden — und damit die deutsche Kultur — leben oder sterben sollen."

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Politik: Adolf Stubemann; für Volkswirtschaft: Hermann Hsib; für Lokales, Kunst und Unterhaltung i. V. Ernst Messerschmidt; für Mitteldeutschland und Sport: Ernst Messerschmidt. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306132-10/fragment/page=0007

Da bleibe wer Lust hat, mit Sorgen zu Haus

Alle Nationalgesinnten, viele vaterländische Vereine und Verbände werden am kommenden Sonntag nach dem Petersberg wandern. Der Vorverkauf für den Deutschen Tag nimmt von Tag zu Tag an Stärke zu und verspricht für den Sonntag eine große Beteiligung. Das Wetter wird, nach den bisherigen vergangenen Tagen zu urteilen, günstig sein. Lange genug ist schlechtes Wetter gewesen. Darum zögere keiner mehr, sich am Deutschen Tag auf dem Petersberg zu beteiligen. Auf zum Petersberg, das soll und muß die Parole für den kommenden Sonntag sein. Sonderzugfahrkarten und Festfolgen sind in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Alte Promenade 10, zu haben.

Abfahrt des Sonderzuges 11,30 ab Halle. Abmarsch von Wallwitz mit zwei Musikkapellen und Fahnen nach dem Petersberg. Dortselbst Kirchenkonzert. Um 8,45 an der Bismarcksäule Festakt. Die Festrede hält Graf Westarp über „Deutschlands Ringen um seine Freiheit." Um 6 Uhr finden auf der Waldwiese Freilichtaufführungen aus Wilhelm Tell: Rütliszene und Dreimännerschwur statt. Um 8 Uhr Sammeln zum Zapfenstreich und Gebet und Abmarsch. Rückfahrt des Sonderzuges ab Wallwitz 10 Uhr. Alle Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei müssen zu dieser großen Kundgebung erscheinen.

*

Am **kommenden Freitag**, abends 8 Uhr, spricht im „Neumarktschützenhaus" in öffentlicher Versammlung Reichstagsabgeordneter H e m e t e r über die politische Lage. Die Versammlung wird veranstaltet von den drei deutschnationalen Stadtbezirksgruppen Mitte-Ost, Süd-Ost und Süd-West. Es wird erwartet, daß sich alle Parteifreunde diesen wichtigen Vortrag unseres Reichstagsabgeordneten Hemeter anhören. Vorverkauf findet nicht statt.

In der Gruppe Nord-Ost findet am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof" ein Diskussionsabend statt. Alle Gruppenmitglieder sind herzlich eingeladen. Es wird ein kurzer Vortrag über die französische Propaganda im Ruhrgebiet steigen und alsdann werden sich alle Anwesenden zum Thema aussprechen. Besonders die Frontsoldaten werden dabei ihre Erfahrungen aus Frankreich zum Besten geben.

Am Donnerstag, den 14. Juni 1923, treffen sich alle deutschnationalen Frauen im Landesverband, Leipzigerstraße 17, nachm. 4 Uhr. Frau v. Wolff wird Bericht über den evangelischen Schulkongreß erstatten und Herr Wahl von der Technischen Nothilfe wird über die Notwendigkeit der Mitwirkung der Stdtfrauen in der Technischen Nothilfe sprechen. Zahlreiches Erscheinen um so mehr erforderlich, als noch wichtige geschäftliche Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen.

Das Parteibüro nimmt schon jetzt für das große Kinderfest am Mittwoch, den 4. Juli, im „Neumarktschützenhaus" Anmeldungen aller Kinder der Parteifreunde entgegen.

Saale-Sängerbund

In unserer alten Saalestadt begeht in den Tagen des 16. und 17. Juni der Sängerbund an der Saale sein diesjähriges Bundesfest. Den Auftakt dazu gibt ein öffentliches Kirchenkonzert, das am Sonnabend abend 6 Uhr in der Marktkirche stattfindet. Der weitere Abend vereinigt die Sänger mit ihren Frauen und Gästen zu einem Kommers in der „Saalschloßbrauerei". Am Sonntag vormittag treffen aus näherer und weiterer Umgebung von Halle noch zahlreiche Vereine ein, und die gesamte Sängerschaft des Bundes tritt um 11 Uhr am Stadtschützenhaus — dem Sammelquartier — zum Festzug an, der um ½12 Uhr sich in Marsch setzt und durch Königstraße, Landwehrstraße, Leipzigerstraße, Poststraße und Große Steinstraße nach dem Marktplatz führt. Dort findet von Seiten der Stadt eine Begrüßung statt. Am Nachmittag 3 Uhr beginnt in der „Saalschloßbrauerei" das Festkonzert, das im Nachmittagsteil vorzüglich von den auswärtigen Gauen, im Abendteil vom Gau Halle bestritten wird.

Was das heurige Bundesfest gegen die früheren besonders abhebt, ist, daß dank dem Hinzuwachsen zahlreicher auswärtiger Vereine diesmal etwa 70 Gesangvereine mit insgesmt 5000 Sängern aus Halle, der Provinz Sachsen und dem Anhalter Land sich um das ehrwürdige Bundesbanner scharen werden. Dreitausend deutsche Sänger werden im harmonischen Zusammenklang der Stimmen zeugen von der einigenden Kraft des deutschen Liedes, das immer und allzeit die Menschen in seinen Bann geschlagen hat und zu einem Volk von Brüdern emporhob, lange bevor die nationale Einigung der deutschen Stämme zur Tat wurde.

Dem Ehrenausschuß des Festes sind beigetreten die Herren Kaufmann Ernst Bader, Stadtmediziniilrat Prof. Dr. v. Drigalski, Generaldirektor Bergmeister Ludwig Hoffmann, Stadtverordnetenvorsteher Geh. Justizat Dr. Friedrich Keil, Präsident der Oberpostdirektion Geh. Oberpostrat Ihle, Bergwerksdirektor Hugo Kroschewsky, Universitäts-Musikdirektor Prof. Alfred Rahlwes, Generaldirektor Dr. Scheithauer, Generaldirektor Dr. ing. Max Zell, Oberbürgermeister Dr. Rive.

Die Bügerschaft ist gebeten, der Feststimmung durch Fahnenschmuck der Häuser Ausdruck zu verleihen.

Da in letzter Stunde noch zahlreiche Anmeldungen auswärtiger Sänger für Sonnabend einlaufen, wird ferner gebeten, Freiquartiere zur Verfügung zu stellen. Freunde des Gesanges werden gewiß einem Sänger für eine Nacht Unterkunft gewähren. Sangesbruder Island, Große Steinstraße 9 (Zigarrengeschäft), nimmt Anmeldungen entgegen.

Wegen der öffentlichen Veranstaltungen wird auf die heutige Anzeige verwiesen.

Nein!

von Walter Bloem.

Rhein und Ruhr sind in Feindeshand!
Ein

V o l k s k a m p f,

wie seinesgleichen die Weltgeschichte noch nie ersah, durchtobt unseres Reiches Westmark.

Zehntausende deutscher Männer, Frauen und Kinder werden von Haus und Eigen hinweg ins Elend getrieben — Millionen fleißiger Arme müssen feiern, weil der Feind die Arbeit lahmlegt.

Tanks und schwere Artillerie bedrohen, Reitpeitsche, Kriegsgerichtsurteil, Ausweisungsdekret und Maschinengewehrkugel m i ß h a n d e l n, k e r k e r n, m o r d e n f r i e d l i c h e w e h r l o s e d e u t s c h e M e n s c h e n!

Aber unsere tapferen Volksgenossen, W e s t f a l e n, R h e i n l ä n d e r, H e s s e n, P f ä l z e r, leisten heldenhaften, waffenlosen, stumm-ingrimmigen

W i d e r s t a n d!

W i l l s t d u i h n e n h e l f e n? S c h a n d e, w e n n d u e s n i c h t w o l l t e s t!!

D e r a l t e E r b f e i n d will das R e i c h z e r b r e c h e n — das Reich, das unsere Väter erstritten, das wir vier Jahre durch gegen die ganze Welt verteidigt haben!

Der fleißige Arm des deutschen Arbeiters soll ihm F r o h n d i e n s t e leisten — deutsche Bodenschätze sollen ihm Z i n s t r a g e n — deutsche Erfindungskraft will er a u s b e u t e n!

S o l l i h m d a s g e l i n g e n?

N e i n!

Es ist d e i n Kampf, den die Brüder und Schwestern im Westen kämpfen — wenn sie ermatten und ermüden, ist's d e i n Untergang — d e i n e Rettung, wenn an ihrem Trotze

d e s F e i n d e s M a c h t z e r s c h e l l t!

Darum h i l f den Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr!

W a s t r a g e n s i e — u n d w a s t u s t d u?
Hilf sie vor Hunger und Siechtum bewahren!
L a ß s i e f ü h l e n, d a ß s i e z u u n s g e h ö r e n — w i r z u i h n e n — j e t z t e r s t r e c h t!

G i b z u m D e u t s c h e n N o t o p f e r!

N i c h t l o c k e r l a s s e n! N i c h t l a u w e r d e n! H e l f e n!

— **Ausflug der deutschnationalen Jugend.** Am Sonntag, den 3. Juni unternahm die Jugendgruppe der Deutschnationalen Volkspartei einen Ausflug nach Merseburg. Unter großer Beteiligung ging die Fahrt bei schönem Wetter vonstatten. In Merseburg, von dortigen Parteifreunden auf das herzlichste empfangen, ging es unter fröhlichem Singen zur Besichtigung der Stadt. Herr Liebmann als Führer zeigte uns das Schloß und den Schloßpark. Der Dom wurde unter Führung des Herrn Pfarrer Wuttke besichtigt, der wohl 2 Stunden die Jugend über alles aufklärte. Nun gings nach dem „Herzog Christian", wo es Kaffee und Kuchen, gespendet von Merseburger Parteifreunden, in reicher Menge gab. Der Leiter der Jugendgruppe, Herr Pforte, begrüßte alle Anwesenden. Einem gut gesprochenen Prolog einer Merseburger Parteifreundin folgten Rezitationen und heitere Aufführungen von Merseburgern und Hallensern. Herr Pforte dankte zum Schluß nochmals allen, den fleißigen Gastgebern und den Mitwirkenden und forderte alle und die Jugend auf, treu und fest dem Vaterlande zur Seite zu stehen. Nach dem Absingen des Deutschlandliedes wurde die Feier geschlossen und die Rückfahrt unter fröhlichem Singen angetreten. Der neuen Jugendgruppe zum Schluß eine Anerkennung für ihre Arbeit, den Ausflug werden die Teilnehmer sobald nicht vergessen.

Wann gehe ich ins Stadttheater?

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
3-6 Schwarzwaldmädel 7½-10 Madame Butterfly	7½ 2×2=5	—	7½-11 Die Königin von Saba	7½ Uhr Konzert der RobertFranz-Singakadem.	7½-10 Madame Butterfly	7½-10½ Schwarzwaldmädel

— **Lokalverband Hallescher Schützen-Gesellschaften.** Dem Zug der Zeit folgend, beabsichtigen sämtliche hallische Schützen-Gesellschaften (schießende) sich zu einem Lokalverband zusammenzuschließen, um gemeinsam den herrlichen Schießsport zu pflegen und den alten deutschen Schützengeist neu zu beleben. Einigkeit macht stark! Unter diesem Leitspruch findet am Dienstag, 19. d. M., abends 8 Uhr im Neumarkt-Schützenhaus die Gründungs-Versammlung statt. Es ist Ehrenpflicht aller hallescher Schützen pünktlich zu erscheinen! Die Gilden bezw. Gesellschaften werden gebeten, möglichst geschlossen anzutreten. Anzug: Uniform ohne Medaillen. Anfragen oder Schreiben bitte man an den provisorischen Obmann, Kamerad Rudolf Dietrich, Neue Promenade 16 (Fernsprecher 5578) zu richten.

— **Leichenfund.** Heute vormittag gegen ¼4 Uhr wurde auf dem Gütergleis Halle—Thüringen von dem diensthabenden Streckenwärter eine männliche Leiche im ungefähren Alter von 23 Jahren gefunden. Nach einem bei der Leiche vorgefundenen Abschiedsbrief handelt es sich um einen Selbstmörder. Der Leiche war der Kopf abgefahren sowie der rechte Arm und der linke Fuß zermalmt.

Vereins-Nachrichten

— **„Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten.** Mittwoch, den 20. Juni 1923, abends 8 Uhr im Neumarktschützenhaus große Mitgliederversammlung der gesamten Ortsgruppe. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. — Am Sonntag, den 24. Juni 1923, Fahnenweihe in Eisleben. An dieser Veranstaltung beteiligt sich der ganze Untergau Halle geschlossen mit möglichst großer Stärke, desgleichen an der großen Kundgebung in Könnern am Sonntag, den 8. Juli 1923. Schon heute ist für diese Veranstaltungen rege zu werben. — Am Sonnabend, den 23. Juni 1923, abends 8 Uhr findet die Johannisfeier der Ortsgruppe Halle in der Saalschloßbrauerei statt, zu der schon heute alle Mitglieder nebst ihren Angehörigen eingeladen sind. Musik: das gesamte Seifert-Orchester. Großes Prachtfeuerwerk. Vorverkauf wird noch bekanntgegeben.

— **Verein ehem. 75er.** Donnerstag, 14. Juni, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im „Stadtschützenhaus". Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

— **Westfalenbund 1923.** Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr gemeinschaftlicher Ausflug zur Heide. Treffpunkt: Ecke Burgstr.-Mühlweg Café Dietze. Ziel: Waldhaus.

Turnen, Spiel und Sport

Tennisturnier. Auf den Plätzen des Hockeyklubs Halle spielten am Sonntag der Tennisverband Halle-Dessau gegen den Thüringer Tennisverband. Der Thüringer Verband schnitt mit 6:3 ab.

Auslandserfolge deutscher Rennfahrer. Von allen in den letzten Jahren in Amerika gestarteten deutschen Dauerfahrern war dem bekannten Sechstagefahrer Karl Saldow bei den letzten New-Yorker Radrennen der erste Erfolg beschieden. Er gewann das 20-Meilen-Fahren hinter Motorführung in 29:54,2 leicht gegen die Amerikaner Carman und Lawrence, den Belgier Tynsdau und den Franzosen Ganay. — Auch in Haag wurden die deutschen Farben durch Sawall zum Siege getragen. Den zweiten Platz besetzte der Kölner Ch. Müller vor Blekemolen und Leddy. — Weniger glücklich waren Rosellen und Bauer in Amsterdam, die hinter Linart und Schlebaum einkamen.

Das Wetter am Donnerstag:

Wetterdienst der „Halleschen Zeitung". Eigener Drahtbericht unserer Schriftleitung.

Das neue Tief ist ostwärts nach der norwegischen Küste vorgedrungen. Seine Kurslinie, an der wärmere Luft über kühlere aufzusteigen beginnt und zu Niederschlägen Veranlassung gibt, nimmt ihren Verlauf nach dem Kanal. Eine Böenlinie mit kälterer unter warmer Luft läuft dahinter. Wir haben deshalb Niederschläge und erhebliche Abkühlung zu erwarten. Da der Luftdruck im hohen Norden zugenommen hat, ist ein erheblicher Temperaturrückgang zu befürchten.

Voraussichtliche Witterung am 14. Juni: Unbeständig, böige **Nordwinde, kühl, Niederschläge.**

— **Nachtdienst der hallischen Apotheken.** In dieser Woche haben Nacht- und Sonntagsdienst: **Kronen-Apotheke,** Burgstraße 3; **Viktoria-Apotheke,** Gr. Steinstraße 32; **Hohenzollern-Apotheke,** Merseburgerstraße 20.

Ammundsens Nordpolflug

Abreise der Expedition Hammer-Junkers.

Am Sonnabend früh ist das Junkers-Flugzeug „Eisvogel" auf dem Luftweg von Dessau nach Hamburg überführt worden. In Hamburg schiffte sich die Expedition unter Führung von Löwe auf dem Dampfer „Merkur" der Bergenske-Dampfschiffahrts-Gesellschaft nach Bergen ein. Am Sonntag früh startete in Hamburg Konsul Hammer, um nach Aufenthalt in Kopenhagen und Kristiania, wo Empfänge und Vorträge stattfinden, ebenfalls nach Bergen weiterzureisen. Ihn begleitet als Vertreter von Junkers Herr Fischer von Poturzyn. Von Bergen aus, wo sich die Expedition vereinigt, wird dann die Weiterreise nach Spitzbergen angetreten. Als wissenschaftlicher Vertreter nimmt auf Veranlassung von Junkers Prof. Wegener an der Expedition teil.

Ueber die Vorbereitungen Amundsens zu seiner diesjährigen Expedition erfahren wir folgendes: Nach vierjähriger Trift von Norwegen im Eismeer entlang der Nordküste Sibiriens traf Amundsen im Juli 1921 in Seattle (Alaska) ein. Sein Expeditionsschiff, die „Maud", hatte er bereits einige Monate vorher verlassen und den letzten Teil des Weges in Hundeschlitten zurückgelegt. Die „Maud", die im Eise festlag, wurde dann durch ein amerikanisches Zollschiff an die Nordwestküste Alaskas geschleppt und überwinterte gleichfalls in Seattle. Da die Mittel der Expedition inzwischen sehr zusammengeschmolzen waren, dachte Amundsen schon daran, die „Maud" zu verkaufen und mit einem Fischereischoner die Treibfahrt fortzusetzen. Geldmittel, die ihm von der norwegischen Regierung und von Freunden zur Verfügung gestellt wurden, ermöglichten es ihm jedoch, nicht nur seine Pläne nicht einzuschränken, sondern sie sogar zu erweitern und dem ursprünglichen Programm, den Flug über den Nordpol, einen alten Lieblingsgedanken Amundsens, hinzuzufügen. Während er in Seattle weilte, erhielt er eine Curtiß-Oriole zum Geschenk, die zu Erkundungszwecken dienen sollte. Hierzu kaufte er noch einen Junkers-Eindecker, um mit diesem den eigentlichen Nordpolflug durchzuführen. Die Junckers-Type wurde als die geeignetste angesehen, da sie den damaligen Dauerflugrekord von 26 Stunden in der Luft hielt. Beide Flugzeuge wurden auf die „Maud" verladen, die zu Beginn des Sommers 1922 auslief. Nach den Plänen Amundsens sollte die Expedition diesmal aus zwei gesonderten Einheiten bestehen. Der Curtiß und der Junkers sollten in Point Barrow ausgeladen werden und die „Maud" die Probefahrt nach Spitzbergen fortsetzen. Der Flug war so gedacht, daß der Curtiß auf einige hundert Meilen nördlich der Barrow-Spitze ein Brennstofflager anlegen und auch die Schneekufen für den Junkers-Eindecker dort niederlegen sollte. Das Räderfahrgestell des Eindeckers hätte dann in diesem Depot gegen die Schneekufen ausgetauscht werden sollen. Dieser Plan Amundsens scheiterte an den ungünstigen Eisverhältnissen. Die Barrow-Spitze konnte nicht mehr rechtzeitig erreicht werden, um den Flug noch im Sommer 1922 durchführen zu können. Damit für die Treibfahrt der „Maud" keine Zeit verloren gehe, entschloß sich Amundsen, sein Expeditionsschiff zu verlassen und mit seinem Piloten Omdal und dem Junkers-Eindecker auf dem Kauffahrteischoner „Holmes", der Bestimmung nach Point Barrow hatte, zu überschiffen. Aber auch dieses Fahrzeug gelangte nicht zu seinem Ziele und Amundsen ging in Wroinwright, etwa hundert englische Meilen südlich des ins Auge gefaßten Abflugplatzes, ans Land und bezog Winterquartier. Von hier aus soll nun nach dem letzten Plane zum Fluge über den Nordpol gestartet werden; während des Juni wird noch genügend Schnee liegen, daß ein Abflug auf Schneekufen möglich ist. Die ganze zu überfliegende Entfernung beträgt etwa 2000 englische Meilen; 1350 Meilen zum Pol und 650 Meilen vom Pol nach Spitzbergen. Die Steuerung des Eindeckers auf diesem Polfluge ist die interessanteste Frage des ganzen Unternehmens. Die Ortsbestimmung ist besonders erschwert infolge der durch die große Nähe des magnetischen Nordpols verursachten und ungeheuren Kompaßabweichungen. Beim Fluge in gerader Richtung von der Barrow-Spitze zum Pol muß der Kompaßkurs infolge der magnetischen Einflüsse beständig geändert werden. Während des ganzen vierundzwanzigstündigen Aufenthaltes in der Luft müssen mindestens alle halbe Stunde Beobachtungen vorgenommen und ausgewertet werden. In der Nähe des Pols muß Amundsen sich in einem oberhalb des Poles hinwegführenden engen Streifen bewegen, um den Kurs nach Spitzbergen nicht zu verlieren. Dies ist durch eingehende Berechnungen festgestellt worden. Hat Amundsen auf seinem Fluge klares Wetter, so ist der Erfolg, abgesehen vom Durchhalten des Motors, eine Frage seiner navigatorischen Fähigkeiten. Im Falle schlechten Wetters ist Glück die Hauptsache. Das einzige Instrument, das an Bord des Junkers mitgenommen wird, ist ein mit einem künstlichen Horizont versehener Sextant. An Lebensmitteln wird nur Mundvorrat für einige Tage mitgeführt.

Wissenschaftliche Tagungen

Die Deutsche Gesellschaft für Anthropologie, Völkerkunde und Urgeschichte, die mit 3000 Mitgliedern zu den größten wissenschaftlichen Vereinigungen im Reiche zählt, wird ihre diesjährige **Tagung am 5. bis 10. August in T ü b i n g e n abhalten. An die Versammlung schließen sich Ausflüge nach den wichtigsten vorgeschichtlichen Fundstätten der Schwäbischen Alb und nach den bekannten Pfahlbauten von Schussenried in Oberschwaben an. Am 5. und 6. August wird die Berufsvereinigung deutscher Prähistoriker gleichfalls in Tübingen tagen.**

Zum Elften Deutschen Bachfest 23.—25. Juni in Leipzig wurde soeben das Programm ausgegeben. Es bringt ausnahmslos Werke Johann Sebastian Bachs, und zwar in zwei Kirchenkonzerten des Chores, einem Orgelkonzert, zwei Kammerkonzerten und einem Orchesterkonzert im Gewandhaus. Hierzu kommen noch Festmotette und Festgottesdienst, die gleichfalls beide mit Bachscher Musik angefüllt sind. Im ersten Kirchenkonzert werden 4 der gewaltigsten Kantaten gesungen, darunter die bisher kaum aufgeführte „Es wartet alles auf dich", das zweite ist eine Aufführung der H-moll-Messe. Das Orchesterkonzert verzeichnet die gleichfalls sonst im Konzertsaal nicht zu hörenden beiden Konzerte in D-moll und C-dur für 3 Klaviere, ferner die weltliche Solokantate für Sopran „Von der Vergnügsamkeit". Aus den Programmen der Kammerkonzerte sind neben der Erstaufführung der Hochzeitskantate „Vergnügte Pleißenstadt" (Sopran und Alt) das sechste Brandenburgische Konzert für tiefe Streichinstrumente (Bratschen, Violoncello, Gamben und Contrabaß) besonders zu nennen. Das Orgelkonzert wird ausschließlich der freien Kompositionsform gewidmet sein. Auskünfte über das Bachfest erteilt die Geschäftsstelle der Neuen Bachgesellschaft, Leipzig, Nürnberger Straße 36 (Fernruf 19 869). Sie versendet auf Wunsch auch ausführliche Programme.

Das Juniheft des Literarischen Echos (Herausgeber Dr. Ernst Heilbronn, Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin) ist in weitgehendem Umfang der Betrachtung der ausländischen Literaturen gewidmet. Neben Briefen über die neueste holländische und griechische Literatur findet sich ein Aufsatz von Gerhard Meur, der selbst lange Jahre in China geweilt hat, über die neuere politische Literatur Chinas, Arthur Luther, der seine Jugendzeit in Rußland verbrachte, schreibt über das alte und neue Räterußland, Max Meyerfeld stellt Betrachtungen über Uebersetzungen englischer Lyrik an. In dem einleitenden Aufsatz urteilt Otto Grautoff über „Geistige Kämpfe im modernen Frankreich" und kommt dabei auf die Haltung des deutschen Katholizismus im Gegensatz zu dem französischen zu sprechen.

f. **Mozart als Opernheld.** Das 3aktige Singspiel „Mozart" von Hans Duhan — Text von Julius Wilhelm und Paul Frank — gelangte mit starkem Erfolg an der Wiener Volksoper zur Uraufführung. Das Werk, das Mozart zum Helden hat, läßt in einer Reihe glücklicher Szenen das Leben des Klassikers der Musik an uns vorüberziehen. Der erste Akt spielt in Salzburg, der zweite in Prag der dritte in Wien. Die beiden Verfasser **sind mit vielem Verständnis in den Stil der Zeit eingedrungen und behandeln geschmackvoll und mit großer Wärme die menschlichen Eigenschaften der reichen Künstlernatur Mozarts. Die Musik von Hans Duhan, dem bekannten Sänger** (Mitglied der Wiener Oper) **zeichnet sich durch Melodienreichtum aus.** Das typisch wienerische, liebenswürdige Stück wurde **begeistert aufgenommen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192306132-10/fragment/page=0008